

Abwehrmaßnahmen an der untersteirischen Grenze 1918/19

*Ein Beitrag zur Gesamtproblematik der Grenzziehung zwischen der
Republik Deutsch-Österreich und dem SHS-Königreich*

Von ROBERT HINTEREGGER

Die Frage der Auswirkung der Abwehrmaßnahmen gegen die territorialen Ansprüche des neu entstandenen SHS-Königreiches an der deutsch-österreichischen Südgrenze nach dem Zusammenbruch der Monarchie bildet noch immer einen Gegenstand heftiger Auseinandersetzung. Außerwissenschaftliche Zielsetzungen forderten dabei zu Mißdeutungen aus apologetischen oder opportunistischen Gründen heraus, welche die Umrisse des historischen Geschehens verwischten.

Aber auch innerhalb der historischen Wissenschaft stehen einander konträre Thesen über die Bedeutung des Kärntner Abwehrkampfes gegenüber, der in den wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Auseinandersetzungen naturgemäß die Hauptrolle spielte, während die zaghaften Abwehrmaßnahmen an der steirischen Südgrenze kaum einen Gegenstand emotioneller oder wissenschaftlicher Kontroversen bildeten.

Der vorliegende Aufsatz möchte allerdings keinen Beitrag zur Geschichte des Kärntner Abwehrkampfes leisten, sondern vielmehr ausdrücklich die steirische Geschichte während der kritischen Jahre 1918 und 1919 illustrieren. Es mag aber sein, daß es gerade aufgrund dieser thematischen Begrenzung glücken könnte, auch einen induktiven Beitrag zur Frage des Gesamtcharakters der Grenzziehung zwischen Deutsch-Österreich und dem SHS-Staat zu leisten.

*

Der Zusammentritt des österreichischen Reichsrates am 30. Mai 1917 schloß eine Zeitspanne praktischer Verfassungssistierung ab. Die unzureichende verfassungsmäßige Regelung der Finanzen und die fehlende parlamentarische Kontrolle über die Verwaltung während dieses Zeitraumes sowie der Mangel an einem Forum für die nationale Auseinandersetzung und Verständigung zwischen den Völkern der Monarchie hatten

die Gegensätzlichkeiten zwischen den Abgeordneten in politischen, wirtschaftlichen und nationalen Belangen weiter gesteigert.

Mit unvermuteter Vehemenz prallten die nationalen autonomistischen Sonderwünsche und das Beharren der deutschen bürgerlichen Abgeordneten auf Zentralismus und deutscher Hegemonie aufeinander. Tschechische, polnische, südslawische, ukrainische (ruthenische) Abgeordnete forderten unverhüllt die Umgestaltung der Monarchie in einen Bundesstaat freier und gleichberechtigter nationaler Staaten.¹ Wegen seiner außergewöhnlichen Vielschichtigkeit nahm das nationale Problem als Kernfrage des Weiterbestandes der Monarchie in den ersten Debatten des Reichsrates eine Art Monopolstellung ein. Trotz aller Widersprüchlichkeit in den nationalen Deklarationen und trotz allen Mißtrauens gegen die deutsche Bevormundung aber war den nationalen Erklärungen der Gedanke an den Rahmen eines föderativen Staatenbundes gemeinsam. Daß die Monarchie schließlich doch an der nationalen Frage zerbrach, war die Folge des unverwandten Festhaltens der Deutschen an einem nationalen und politischen Konzept, das den realen Verhältnissen nicht mehr entsprach.

Dieser nationalen Mißstimmung gaben die slowenischen Abgeordneten beim Zusammentritt des österreichischen Abgeordnetenhauses am 30. Mai 1917 in der Form der sogenannten „Maideklaration“ Ausdruck, die im Einverständnis mit den kroatischen und serbischen Abgeordneten des österreichischen Abgeordnetenhauses die Volkseinheit der Slowenen, Kroaten und Serben proklamierte, für die nationale Selbstbestimmung eintrat und die nationalen Forderungen der in Österreich-Ungarn lebenden Südslawen umriß.² Trotz der enthusiastischen Zustimmung der slowenischen Presse und der Zustimmungserklärungen der slowenischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Partei zur südslawischen Deklaration enthielten die meisten Stellungnahmen während der folgenden Monate aber noch das ausdrückliche Bekenntnis zur habsburgischen Dynastie. Die Polemik um ein Minimum oder ein Maximum an nationalen Forderungen, das die Maideklaration darstellte, berührte den Rahmen der Monarchie zunächst nur mittelbar. Erst das starre Festhalten der Regierung an dem Weiterbestand des Dualismus klammerte eine einvernehmliche Lösung im Rahmen der Monarchie aus und führte seit An-

¹ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates im Jahre 1917, XXII. Session, 1. Band, S. 34 ff., 60 ff., 137 ff.

² Kriegsarchiv, Präs. 52^{14/4}—1918. Die südslawische Deklaration stellte eine Reaktion auf das „Osterprogramm“ der deutschnationalen Parteien dar, das die Einführung der deutschen Staatsprache und die möglichste Zentralisation aller Staatsgewalt anstrebte.

fang August 1917 zu einer Radikalisierung der Taktik des Jugoslawischen Klubs.³

Trotzdem neigten die Behörden zunächst noch zu einer Bagatellisierung der nationalen Spannungen im Süden der Monarchie. Selbst als die vermehrte Werbetätigkeit für das politische Programm der südslawischen Maideklaration zu Beginn 1918 die nationale Frage aktualisierte und damit zu den wachsenden sozialen und politischen Spannungen einen weiteren ernststen Konfliktstoff hinzufügte, schien der steirischen k. k. Statthalterei noch immer kein Anlaß zu ernster Sorge gegeben, weil die südslawische Bewegung keine gewaltsame Veränderung der Regierungsform anstrebe und der zu schaffende Staat unter dem habsburgisch-lothringischen Szepter bleiben werde.⁴ Erst als die südslawisch-nationale Propaganda merklich von der loyalen Maideklaration abrückte und trotz gegensätzlicher Beteuerungen zu dem staats- und dynastiefindlichen Programm von Korfu tendierte, gestaltete sich die Lage der deutschen Untersteiermark zusehends prekärer.⁵ Unter dem Eindruck des empfindlichen Lebensmittelmangels, der oftmals willkürlichen Viehrequisitionen und der intensiven Propaganda für einen südslawischen Staat, an der sich der slowenische Klerus an führender Stelle beteiligte, begann

³ Janko P l e t e r s k i, Der Trialismus bei den Slowenen und die jugoslawische Einigung. In: Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Hrsg. von R. G. P l a s c h k a und K. M a c k, Wien 1970, S. 195—202 (= Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts III).

⁴ StmkLA, Sth. Präs. E 91/224 — 1918.

⁵ Kriegsarchiv, Präs. 52 — ^{14/4} — 1918. — AVA, Präs. MdI 16147 — 1917. — StmkLA, Sth. Präs. E 91/2095 — 1917. — Protokolle des Abgeordnetenhauses 1917 & 18, XXII. Session, 3. Band, S. 2675, und 4. Band, S. 4325. — Am 2. März fand in Agram eine Konferenz klerikal-slowenischer, kroatischer und serbischer Politiker aus der Monarchie statt, um eine Konzentration aller slawischen Parteien auf der Grundlage des südslawischen Programms herbeizuführen. Das über die Konferenz herausgegebene Kommuniqué betonte, daß „alle Beteiligten darin einig sind, daß eine Konzentration aller Parteien und Gruppen, welche auf dem Grundsatz der nationalen Einheit stehend und auf der nationalen Selbstbestimmung fußend einen nationalen und unabhängigen, auf demokratischen Grundsätzen aufgebauten Staat der Slowenen, Kroaten und Serben verlangen, möglich ist“. Die deutsche Presse und die loyale kroatische Frankpartei wandten ein, daß dieses Kommuniqué den Standpunkt der Deklaration verlasse, weil es den Rahmen der Monarchie nicht erwähne und daher die Errichtung eines Südslawenstaates unter fremder Oberhoheit anstrebe. Das Dementi der Zeitung „Straza“ und des Vollzugsausschusses der slowenischen klerikalen Partei enthielt kaum zugkräftige Gegenargumente und gab daher das Abrücken von der loyalen Maideklaration indirekt zu. Die schrittweise Radikalisierung der Taktik des Jugoslawischen Klubs verdeutlichen einige Zitate aus den Protokollen des Abgeordnetenhauses: Während die gemäßigte Maideklaration noch uneingeschränkt an dem gemeinsamen Rahmen der Monarchie festhielt, forderten südslawische Abgeordnete am 18. Dezember 1917 angesichts der bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Rußland den Genuß des Selbstbestimmungsrechtes für die österreichischen Völker bereits in „vollstem Ausmaß“ und eine selbständige Teilnahme an diesen Verhandlungen, und am 2. Oktober 1918 verlangte der Abgeordnete Korosec bereits unmißverständlich das Selbstbestimmungsrecht der Nation der Slowenen, Kroaten und Serben in der Form einer selbständigen Mitarbeit an dem künftigen Friedenskongreß.

während der ersten Monate 1918 eine staatsfeindliche Umstimmung unter dem slowenischen Bauernvolk Platz zu greifen.⁶

Zahlreiche zeitlich knapp aufeinanderfolgende Meutereien bei Ersatztruppenkörpern in verschiedenen Teilen der Monarchie, deren national-revolutionär-slowenischen Charakter die Quellen einmütig unterstreichen, dürfen ebenfalls als Ausdruck der angespannten nationalen Situation während der ersten Jahreshälfte 1918 gewertet werden.⁷

Die südslawische Bewegung konzentrierte sich, unterstützt vom slowenischen Klerus, auf die Werbetätigkeit in der Tagespresse, auf Volksversammlungen, auf die Propaganda für die Zustimmungserklärungen zur südslawischen Deklaration in den Gemeinden der südlichen Steiermark, Krains und des Küstenlandes und in nationalen Vereinen und auf die Förderung von Unterschriftenaktionen für die Deklaration.⁸

Aber nicht allein die Regierung nahm gegen jede Vereinigung der Slowenen mit den übrigen Südslawen der Monarchie Stellung, sondern auch die deutschen bürgerlichen Parteien der Steiermark verwahrten sich hauptsächlich auf den sogenannten „Volkstagen“ mit allem Nachdruck gegen eine Lostrennung der Slowenen, sei es nun in der monarchietreuen trialistischen Version oder in der radikal jugoslawischen Spielart.⁹ Obgleich die Volkstage während der ersten Jahreshälfte 1918 die wirtschaftlichen Probleme nur unzureichend akzentuierten und im Überschwang nationaler Begeisterung das soziale Problem überhaupt ausklammerten, bewirkte die Volksratsbewegung die politische Aktivierung weiter deutschfreiheitlich gesinnter Bevölkerungskreise und trug auch zur weiteren Politisierung der christlichsozialen und der sozialdemokratischen

⁶ StmkLA, Sth. Präs. E 91/736 — 1918.

⁷ Kriegsarchiv, Präs. 53 — ⁴/₈ — 1918. Das Kriegsministerium erwähnte in seinem Erlaß die Meutereien von Judenburg, Murau, Rimaszombat, Lublin, Pecs, Rumburg und Radkersburg. — StmkLA, Sth. Präs. E 91/1328 — 1918. — AVA, Präs. MdI 14311 — 1918. Die Judenburger Gemeinderäte stellten in ihrer Sitzung vom 21. Mai 1918 fest, daß der Hunger nicht einmal eine Mitursache gewesen sei, vielmehr seien nationale Ursachen im Vordergrund gestanden, sozial-revolutionäre und großslawische Ideen. — AVA, Präs. MdI 12404 — 1918. — StmkLA, Sth. Präs. E 91/1419 — 1918. Die Bh. Radkersburg schließlich berichtete an die Statthalterei, eine jugoslawische Brandrede habe die Meuterei eingeleitet, für die vor allem der nationale Charakter der südslawischen Strömung verantwortlich sei. Es handle sich um keine Hungerrevolte, sondern um eine politisch-südslawische Demonstration.

⁸ Kriegsministerium, Präs. 52 — ¹⁴/₃ — 1918; 53 — ¹⁶/₃ — 1918; 53 — ¹⁶/₂ — 1918; 53 — ¹⁶/₆ — 1918. — AVA, Präs. MdI 8356 — 1918; MdI 11087 — 1918; MdI 11451 — 1918; MdI 12791 — 1918; MdI 2799 — 1919. — StmkLA, Sth. Präs. E 91/224 — 1918.

⁹ Während der Monate März und April 1918 veröffentlichten die beiden Grazer Zeitungen „Tagespost“ und „Tagblatt“ laufend Gegenkundgebungen gegen die südslawische Deklaration. Auch der Grazer Gemeinderat nahm am 28. Februar gegen die Deklaration Stellung. Amtsblatt der Lh. Graz, XXII. Jg. 1918, S. 99 f., Bericht über die Grazer Gemeinderatssitzung vom 28. Februar 1918: Deutschfreiheitliche und Christlich-soziale stimmten dem Antrag Bienenrath zu, während die Sozialdemokraten ihre Zustimmung nicht erteilten, weil der Antrag „rein abwehrenden“ Charakter trage.

Wählerschaft bei. Die massive Stellungnahme gegen die deutschen Reichsratsabgeordneten bildete neben dem Postulat deutschnationaler Belange in der südslawischen Frage das prägnanteste Merkmal der ersten Volkstagsveranstaltungen.¹⁰ Im ursprünglichen Forderungsprogramm der Volkstage stellte diese ungestüme Polemik gegen die deutschen Abgeordneten das einzige Novum dar, während die nationalen Forderungen nur einer Wiederholung alter nationaler Postulate gleichkamen, die zudem der Anpassung an die neu entstandene Problematik entbehrten: So erfuhr die Forderung nach der deutschen Staatssprache eine Wiederholung ohne Betonung des Gegensatzes zu den slawischen Forderungen nach nationaler Autonomie und ohne Anpassung an die von den Deutschnationalen verlangte Zweiteilung Böhmens. Das Volkstagsprogramm wiederholte auch die bereits abgegriffene Forderung nach einer Sonderstellung Galiziens ohne Verbindung mit dem polnischen Problem. Erst im Laufe des Jahres 1918 tauchten im Forderungsprogramm der Volkstage neben den nationalen Kardinalforderungen auch wirtschaftliche und soziale Postulate auf.

Letztlich konnte aber auch diese Umgestaltung der Volkstagsforderungen nach christlichsozialem Muster keine endgültige Klärung der im ganzen widerspruchsvollen Stellung der Volkstage zu den wichtigsten staatlichen Problemen bringen.

Die sozialdemokratische Stellungnahme gegen die Volksratspolitik, die um die Mitte des Jahres 1918 mit bis dahin ungewohnter Heftigkeit einsetzte, läßt die sozialdemokratische Befürchtung erkennen, daß die Volksratspolitik auch in Arbeiterkreisen zunehmend an Attraktivität gewinnen könnte. Der scharfe Protest gegen „die Anmaßung deutschbürgerlicher Nationalisten, die behaupten, im Namen der Alpenländer zu sprechen“, der die Resolution der Konferenz der alpenländischen Sozialdemokraten in Zell am See einleitete¹¹, und die entschiedene Stellungnahme gegen den „demagogischen“ Charakter der Volksratspolitik sind als Ausdruck sozialdemokratischen Unmutes über eine Politik zu werten, die trotz der Mißachtung der drängenden wirtschaftlichen Probleme unter nationalem Vorzeichen Anklang in weiten Kreisen der steirischen Bevölkerung finden könnte. Die nationale Plattform schien geeignet, unter Umgehung der

¹⁰ Als Beispiel darf die Resolution des ersten Grazer Volkstages vom 19. März 1918 gelten, die lediglich energisch gegen die Maideklaration Stellung nahm und den Ausbau des Bündnisses mit dem Deutschen Reich forderte: Grazer Tagblatt, 20. März 1918. — Tagespost, 20. März 1918. — Arbeiterwille, 21. März 1918.

¹¹ Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten in Wien vom 31. Oktober bis zum 3. November 1919, Wien 1919, Bericht der Parteivertretung.

parlamentarischen Spielregeln den bis dahin maßgeblichen Einfluß der Deutschnationalen auf die österreichische Innenpolitik zu stabilisieren.

Obgleich die Gegnerschaft gegen die Volksratspolitik nicht auf die Sozialdemokratie beschränkt blieb¹², erfuhr die Volksratsbewegung in der Steiermark eine umfangreiche Ausgestaltung. Sie hatte entscheidenden Anteil am Beidrehen der österreichischen Innenpolitik in den „deutschen Kurs“, der zur endgültigen Verhärtung der nationalen Fronten im Süden der Monarchie führte. Czernin deutete diesen innenpolitischen Kurswechsel in seiner Rede gegen die „Hochverräter innerhalb der Monarchie“ an¹³, die Vertagung des Parlaments und die Audienz der deutschnationalen Kärntner und Steirer beim Kaiser setzten den neuen Kurs nationaler Unversöhnlichkeit fort, und die Ankündigung Seidlers, man gehe nicht fehl, in der neuen Regierungspolitik die Andeutung eines deutschen Kurses zu erblicken, bildete dessen wörtliche Bestätigung.¹⁴

Der Mangel an jeglicher Verständigungsbereitschaft, der der Volksratsbewegung eigen war, und die unbedingte Betonung der deutschen Hegemonie führten bereits in den ersten Monaten des Jahres 1918 zu einer beiderseitigen nationalen Fanatisierung, so daß um die Mitte des Jahres 1918 auch Versammlungsverbote und verschärfte Pressezensur für die Südsteiermark nicht mehr dazu imstande waren, die nationalen

¹² Gegen Ende September versuchten die freiheitlichen Abgeordneten Pantz und Hummer, im „Volksausschuß für die Obersteiermark“ eine Parallelorganisation zu gründen. Als primäres Motiv für diese Neugründung nannten die beiden Abgeordneten die mangelnde Verbindung zwischen den „sogenannten Volksräten“ und dem von ihnen vertretenen Volk. Weitere Unterscheidungsmerkmale zur Volksratsorganisation bildeten die angestrebte Teilnahme aller Abgeordneten an der neuen Institution, die starke Akzentuierung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte und die angestrebte breite Grundlage des sogenannten „Volksausschusses“. Das entschiedene Bekenntnis zum „deutschen Kurs“ des ehemaligen Ministerpräsidenten Seidler, Durchhalteparolen und die angestrebte wirtschaftliche Abgrenzung der Obersteiermark beschränkten die geforderte breite Grundlage für den neu konstituierten Volksausschuß jedoch von vornherein auf betont national orientierte Kreise, die ausschließliche Betonung landwirtschaftlicher Gesichtspunkte in der Stainacher Resolution bot für die Arbeiterschaft keinen Anreiz zur Teilnahme an der neu gegründeten Einrichtung. Der Volksausschuß konnte daher ebensowenig wie die Volksratsorganisation den Anstoß zu einer umfassenden Verständigung der steirischen Parteien in den aktuellsten Fragen unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Monarchie geben.

¹³ Die steirische Presse deutschnationaler Provenienz kommentierte die Rede Czernins gegen die „Hochverräter innerhalb der Monarchie“ mit Genugtuung. Czernin gliederte darin die Gruppen, die kriegsverlängernd wirkten, in die österreichischen Bolschewiki, deren politische Taktik die Feinde zum Weiterführen des Krieges ermuntere, in die Annexionisten, deren übertriebene Forderungen das gleiche Ergebnis zeigten, und in die Hochverräter innerhalb der Monarchie, womit er die slawischen Völker apostrophierte. Unter dem Eindruck der heftigen Reaktion unter den Tschechen und Südslawen versuchte die Regierung in der anschließenden Woche mit geringem Erfolg, den Eindruck der Rede Czernins zu verwischen.

¹⁴ Tagespost, 27. Mai 1918. — Volksblatt, 27. Mai 1918. Die „Tagespost“ schilderte den Kaiserbesuch mit reichem Pathos als „das größte politische Ereignis in der jüngsten reichbewegten Zeit“.

Wogen zu glätten.¹⁵ Bereits Anfang Juni berichtete die Bezirkshauptmannschaft Cilli nach Wien, die Stimmung treibe einer Katastrophe zu.¹⁶

Während unter der Führung der slowenischen Priester- und Lehrerschaft bald eine Fusionierung aller politischen slowenischen Splittergruppen zustande kam, konnten sich die deutschen Parteien der Steiermark trotz mancher Annäherungsversuche erst spät auf eine gemeinsame Nationalitätenformel einigen. Erst um die Mitte August kündigte sich ein grundsätzliches Einverständnis zwischen steirischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten in bezug auf die Nationalitätenpolitik an, das sich in einer gemeinsamen Wendung gegen die undifferenzierte Schlagwortpolitik der deutschnationalen Parteien ausdrückte. Anfang Oktober entschlossen sich auch die Deutschnationalen, das Wortgeklingel völkischer Entschließungen gegen ein Bekenntnis zur sozialdemokratischen Resolution vom 3. Oktober einzutauschen, die sich auf den Boden des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts der Völker stellte. Erst nach diesem Schlußstrich unter die vielfältigen Föderalisierungs- und Umbaupläne des alten Österreich konnten auch die deutschen Parteien der Steiermark erstmals selbst konkrete nationale Wünsche äußern, anstatt sich fortwährend den Ansprüchen der ambitionierten slawischen Nationalitätenpolitik anzupassen.

★

Es gibt zahlreiche Denkschriften über die Ereignisse während der folgenden Monate, die für die junge Republik Deutsch-Österreich den schmerzlichen Verlust überwiegend deutscher Städte und fruchtbarer Landstriche an das SHS-Königreich brachten, so daß eine Chronik der Ereignisse in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden kann.¹⁷ Die militärischen Vorgänge hat S. Knaus in seinem „Ringens um die untere Steiermark“¹⁸ mit gewissenhafter Genauigkeit und fundierter Sachkenntnis dargestellt, und die vorliegenden Quellen geben keinen Anlaß dazu, seine Ausführungen zu korrigieren oder auch nur geringfügig zu ändern oder zu ergänzen. Der anschließende Abschnitt möchte vielmehr die Ambitionen und Zielsetzungen der maßgeblichen Persönlichkeiten und Gruppen, die Hintergründe der Entscheidungen und Motivationszusammenhänge andeuten sowie die diplomatische Aktivität um den Erhalt der

¹⁵ StmkLA, Sth. Präs. E 91/1867 — 1918. Telefonischer Ministererlaß wegen Einstellung der Versammlungstätigkeit in der Südsteiermark vom 2. Juni 1918.

¹⁶ StmkLA, Sth. Präs. E 91/1566 — 1918.

¹⁷ Heinrich Lechner, Die Abwehrkämpfe im unteren Murtal (Aus Radkersburgs schwerster Zeit), Graz 1928 u. a.

¹⁸ Sigmund Knaus, Das Ringens um die untere Steiermark. In: Freiheitskämpfe in Deutschösterreich, Kärntner Freiheitskampf, 2. Teil, Berlin 1942.

deutschen Untersteiermark skizzieren, die bislang in der deutschen wissenschaftlichen Literatur keine Berücksichtigung gefunden hat. Die oft nur spärlich fließenden Quellen stecken diesem Versuch allerdings enge Grenzen.

Am 29. Oktober schrieb der steirische „Arbeiterwille“ in seinem Leitartikel „Zeitfragen“ in deutlichem Gegensatz zu dem umfangreichen deutschnationalen Forderungsprogramm für die deutsche Untersteiermark, nationale Überspanntheiten oder Sentimentalitäten dürften nicht in den Vordergrund gerückt werden.¹⁹ Diese Absage an die „nationale Romantik“ innerhalb des alten Österreich grenzte die maßvolle und kompromißbereite Haltung der steirischen Sozialdemokraten während der kommenden Auseinandersetzung mit dem neu entstandenen SHS-Staat bereits andeutungsweise ab.

Seit dem Juni 1918 nahm ein slowenischer Nationalrat als oberste politische Organisation der Slowenen deren nationale Ansprüche wahr. Trotz unausgeglichener Spannungen zwischen dem serbisch-zentralistischen Programm des Londoner Ausschusses und dem bundesstaatlichen Programm Trumbić, die die Bildung eines schlagkräftigen SHS-Staates verzögerten, setzte die Laibacher Nationalregierung seit Ende Oktober 1918 den deutschen Ansprüchen auf die Untersteiermark entschlossenen Widerstand entgegen. In der Nacht vom 28. zum 29. Oktober beschloß die Volkswetsche in einer außerordentlichen Sitzung in Zagreb, an der Vertreter der politischen Parteien aus allen südslawischen Territorien teilnahmen, die Beziehungen zur Habsburgermonarchie abzubrechen und einen Staat der „Slowenen, Kroaten und Serben“ zu gründen.²⁰

Im Gegensatz zu dieser national offensiven Haltung mußten der steirische Wohlfahrtsausschuß und die steirische Landesregierung unmittelbar nach dem Umsturz die dringendsten Probleme der steirischen Bevölkerung lösen, so daß die untersteirische Frage zunächst ein wenig in den Hintergrund rückte. Es galt vorerst, die Vertrauenskrise der Bevölkerung in die Regierung zu überwinden, durch umfangreiche Kompensationsgeschäfte die Ernährung halbwegs sicherzustellen sowie die Mitarbeit aller sozialen Schichten bei der Gründung von Heim- und Ortswehren zum Schutz der steirischen Städte und Märkte zu mobilisieren.

Während es gelang, diese Probleme zu lösen, war die nachgiebige

¹⁹ Arbeiterwille, 29. Oktober 1918.

²⁰ Jurij A. P i s a r e v, Die Befreiungsbewegung der südslawischen Völker Österreich—Ungarns in den Jahren 1917 und 1918 und die Entwürfe einer Reform der Donaumonarchie. In: Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donaunraum. Hrsg. von R. G. Plaschka und K. Mack, Wien 1970, S. 186—194 (= Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts III).

Haltung der steirischen Landesregierung in der untersteirischen Frage von Beginn an heftiger Kritik weiter Bevölkerungskreise ausgesetzt:

Am 31. Oktober versuchte das Grazer Militärkommando vergeblich, sein am 20. Oktober gegebenes Versprechen einzulösen, beim Zerfall des Staates mindestens für die Draugrenze einzutreten und die Brückenköpfe Marburg und Pettau militärisch besetzen zu lassen, weil das Assistenzbataillon des als verläßlich geltenden ungarischen Infanterieregiments 19 nicht an Ort und Stelle eintraf.²¹ Auch der vom Grazer Militärkommando zur Befehlsübernahme nach Marburg delegierte Oberst Ullmann scheiterte mit seiner Mission an der bereits vollzogenen Befehlsübernahme durch Major Majster, dessen geschickten Handstreich auf Marburg die Belgrader Zentralstellen mit seiner Ernennung zum Generalmajor honorierten. Die allgemeine Auflösung, das Durcheinander nach dem Zusammenbruch der Isonzofront, eine fingierte Meldung von der Landung der Alliierten und ihrem Eintreffen in Laibach²² trugen dazu bei, daß Majster der überraschende Handstreich mit geringem militärischem Kraftaufwand gelang.

Während der folgenden Wochen und Monate standen die steirischen Behörden einer grundlegend veränderten Situation gegenüber, deren außenpolitische Gefährlichkeit die wankelmütige und versöhnliche Haltung der steirischen Landesregierung teilweise erklärt. Jeder Versuch einer Rückeroberung der besetzten Gebiete konnte nämlich vom SHS-Staat als Angriff auf slowenisches oder gar serbisches Besitztum gedeutet werden.

Als hinreichende Erklärung für die mangelnde Entschlußkraft der steirischen Landesregierung in der untersteirischen Frage kann dieser Beweggrund allerdings nicht gelten.

Es mag vielmehr sein, daß die nach anfänglicher Zustimmung seit Anfang November 1918 konsequent ablehnende Haltung der Wiener Zentralstellen gegen einen bewaffneten Widerstand an der steirischen Südgrenze die Haltung der steirischen Landesregierung nachdrücklicher beeinflußt hat.

★

Der folgende Abschnitt holt chronologisch ein wenig weiter aus, um die Aktivität der Wiener Zentralstellen in der untersteirischen Frage in den ersten Monaten nach dem Umsturz überblicksmäßig zusammenzufassen:

²¹ S. K n a u s, a. a. O., S. 71 f.

²² S. K n a u s, a. a. O., S. 72 f.

Bereits in der Staatsratssitzung vom 3. November betonte Dr. Bauer, im Süden sei ein militärisches Eingreifen weder beabsichtigt noch möglich, weil es einer Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen gleichkäme.²³ Am 20. November 1918 bagatellierte der Staatsrat die jugoslawischen Bedrückungsmaßnahmen an der steirischen Südgrenze und lehnte es rundweg ab, die später noch wiederholt gestellte Bitte der steirischen Landesregierung um Besetzung des strittigen Gebietes durch italienische Truppen weiterzuleiten.²⁴

Das Gesetz vom 22. November 1918 „über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutsch-Österreich“²⁵ klammerte die „geschlossenen jugoslawischen Siedlungsgebiete“ der Steiermark und Kärntens ausdrücklich aus der Gebietshoheit der Republik aus. Diese kompromißbereite Stimmung der Wiener Zentralstellen kam auch in einer Rede Dr. Renners vor dem österreichischen Staatsrat am 23. November deutlich zum Ausdruck, in der er empfahl, die Kundmachung der Abgrenzung im Süden noch aufzuschieben und abzuwarten, ob nicht ein Kompromiß mit den Südslawen zustande komme, der die deutsch-österreichischen Interessen sichere.²⁶ Am 26. November konzidierte Dr. Bauer gar, daß ein Vordringen der Slowenen selbst bis in die steirische Landeshauptstadt in den gesetzlichen Rahmen des Vertragswerkes paße.²⁷

Erst die Vollzugsanweisung des deutsch-österreichischen Staatsrates vom 3. Jänner 1919 nahm die genaue Abgrenzung im Süden vor, indem sie auch alle Gemeinden der Gerichtsbezirke Mahrenberg, Marburg und Pettau in die deutsche Steiermark einbezog, weiters die Gemeinde Oberradkersburg des gleichnamigen Gerichtsbezirkes und alle Gemeinden des Gerichtsbezirkes Radkersburg, außer Plippitzberg.²⁸

Aber auch während der folgenden kritischen Wochen und Monate bemühten sich die Wiener Zentralstellen, vor allem das Staatsamt für Äußeres, darum, der steirischen Landesregierung eindringlich von jedem bewaffneten Widerstand an der Südgrenze abzuraten:

Am 8. Februar, nach dem Bauernaufstand im unteren Murtal, appellierte Dr. Bauer an Landeshauptmann Kaan, er möge alle Mittel anwenden, um einen neuerlichen Angriff der untersteirischen Bauern gegen die

²³ Parlamentsarchiv, Verhandlungsschriften über die Staatsratssitzungen, 16. Sitzung vom 3. November 1918.

²⁴ Parlamentsarchiv, Verhandlungsschriften über die Staatsratssitzungen, 40. Sitzung vom 20. November 1918.

²⁵ Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich, 9. Stück, Nr. 40.

²⁶ Parlamentsarchiv, Verhandlungsschriften über die Staatsratssitzungen, 43. Sitzung vom 23. November 1918, S. 9.

²⁷ Parlamentsarchiv, Verhandlungsschriften über die Staatsratssitzungen, 46. Sitzung vom 26. November 1918, S. 21.

²⁸ Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich, 3. Stück, Nr. 4.

Südslawen zu verhindern, weil dies gerade beim jetzigen Stand der Verhandlungen und anlässlich der Übernahme des Kommandos durch einen serbischen General doppelt gefährlich sei.²⁹ Ein Entwurf eines Briefes an den Unterstaatssekretär im Heerwesen, Julius Deutsch, ist ebenfalls aufschlußreich für die Kenntnis der kompromißbereiten Haltung Bauers in der untersteirischen Frage: „Bezüglich der Strömungen wegen bewaffneten Eingreifens in der Südsteiermark habe ich schon seinerzeit einen Privatbrief an dich gerichtet, gegen jede Forderung dieser Agitation muß ich nach wie vor entschieden Einspruch erheben.“³⁰

Die außenpolitische Aktivität der österreichischen Zentralstellen in der untersteirischen Frage mußte sich somit auf jene Vorstellungen und Proteste beschränken, deren alleinige Möglichkeit Dr. Bauer in der oben erwähnten Staatsratssitzung angedeutet hatte:

Am 26. November forderte die Staatsregierung von den nationalen Regierungen in Laibach und Agram die Erklärung gutnachbarlicher Beziehungen³¹, am 15. Jänner protestierte Dr. Bauer gegen die Geiselaushebungen im Gebiet um Radkersburg.³² Diese papierernen Proteste der Staatsregierung gegen die südslawischen Bedrückungsmaßnahmen blieben allerdings unter den gegebenen Umständen trotz Androhung entsprechender Gegenmaßnahmen völlig wirkungslos.

In einer Zirkularnote vom 27. Jänner schließlich wies der Staatsrat die Vereinigten Staaten und die Ententemächte auf die Verhältnisse in Marburg hin.³³

Als jedoch die Anzahl der Petitionen, Protestnoten und Forderungen der Landesregierungen und einzelner Gemeinden an den Staatsrat zur Unübersichtlichkeit anstieg, wehrte das Staatsamt für Äußeres das Überhandnehmen der vielen Sonderwünsche mit der Begründung ab, eine Überschwemmung mit Material bewirke bei den Siegermächten eher Mißstimmung denn Sympathie.³⁴

*

Es bleibt allerdings fraglich, ob die durchwegs ablehnende Haltung der Wiener Zentralstellen zur Frage des bewaffneten Widerstandes an der steirischen Südgrenze als ausschlaggebender Grund für die unentschlossene Haltung der steirischen Landesregierung gelten darf, die während

²⁹ HHStA, Präs. N. P. A. (Neues Politisches Archiv), Nachlaß Bauer, K. 261, StA. f. Ä. 747 — 1919.

³⁰ HHStA, Präs. N. P. A., K. 802, Liasse Südslawien 9/1, I — 1614 — 1919.

³¹ HHStA, Präs. N. P. A., K. 801, Liasse Südslawien 9/1, I — 847/1 — 1918.

³² HHStA, Präs. N. P. A., K. 801, Liasse Südslawien 9/1, I — 657/1 — 1919.

³³ HHStA, Präs. N. P. A., K. 814, Liasse Südslawien 9/2, I — 1337/4 — 1919.

³⁴ HHStA, Präs. N. P. A., K. 801, Liasse Südslawien 9/1, Präs. 225.

der Umsturzzeit in manch anderer Beziehung die Direktiven der Wiener Regierungsstellen mißachtete und eine überaus eigenständige Politik machte.

Es fehlte auch trotz des grundsätzlichen Vetos der Staatsregierung nicht an ernsthaften Plänen, die Rückeroberung des besetzten Gebietes in Angriff zu nehmen, die jedoch zumeist an dem versöhnlichen Standpunkt der steirischen Sozialdemokraten scheiterten, deren bedächtiger Haltung sich in der Steiermark nicht nur die Christlichsozialen, sondern auch ein Großteil der deutschfreiheitlichen Bevölkerung anschlossen.

Einmal vereitelte die Absetzung des Grazer Militärkommandanten Lukas Anfang November einen militärischen Rückeroberungsversuch, ein andermal der entschiedene Einspruch der beiden steirischen Militärbevollmächtigten Einspinner und Resel gegen die Pläne untersteirischer Volksvertreter, die Draulinie zu halten. Sie begründeten ihre ablehnende Haltung gegen die geplante militärische Aktion, deren Wert ohnehin fraglich sei, mit der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und in Übereinstimmung mit den steirischen Wirtschaftskommissären mit dem Hinweis auf den Vorrang der Lebensmittelversorgung der Steiermark, zu der Südslawien entscheidend beitragen könne. Die beschränkte Truppenanzahl, jener „kümmerliche Rest deutscher Ersatzkörper“³⁵, über die die Steiermark vor der Aufstellung der neuen Volkswehr gegen Ende November nur verfügte, mache überdies jeden ernsthaften Versuch einer militärischen Intervention fragwürdig.

Die militärfeindliche Stimmung eines Teiles der deutsch-untersteirischen Bevölkerung unmittelbar nach Kriegsende mag die verantwortlichen Instanzen in ihrer abwägenden Haltung bestärkt haben. Etliche Stimmungsberichte wiesen auf die „mißtrauische und feindselige Haltung“ der Bevölkerung gegenüber dem Militär hin, auf ihre „Indolenz und Abneigung“ gegen jedwede Betätigung zum Schutz der Heimat.³⁶

Ein erstes Übereinkommen mit den Südslawen Anfang November befaßte sich hauptsächlich mit verkehrs- und wirtschaftspolitischen Fragen. Artikel XVI dieses Übereinkommens stellte die Frage der Grenzziehung zwischen den vertragschließenden Staaten ausdrücklich dem Friedenskongreß anheim und schien damit die Richtigkeit einer maßvollen Haltung dem südlichen Nachbarn gegenüber zunächst zu bestätigen. Während der folgenden Wochen allerdings fanden zahlreiche slowenische Volkstage, Demonstrationen und Manifestationsveranstaltungen statt und er-

³⁵ S. K n a u s, a. a. O., S. 76.

³⁶ Kriegsarchiv, Lbh. Stmk. Na. Nr. 2735 — 1918, Bericht vom 9. Dezember 1918; Lbh. Stmk. Na. Nr. 2757 — 1918, Bericht vom 18. November 1918; Lbh. Stmk. Na. Nr. 2735 — 1918, Politischer Situationsbericht vom 7. Dezember 1918.

folgte die militärische Besetzung der vorwiegend deutschen Orte Spielfeld, Pettau und Straß. Am 21. November erschien im „Slovenski Narod“ eine Verordnung der Laibacher Nationalregierung, hinter deren vager Formulierung sich umfangreiche Gebietsforderungen auf die deutsche Untersteiermark verbargen.³⁷

Das diplomatisch ungeschickte Verhalten des Obersten von Passy räumte gegen Ende November diesen slowenischen Ausdehnungsbestrebungen durch das Zugeständnis einer für die Steiermark und Kärnten ungünstigen Demarkationslinie weitreichende Konzessionen ein und erregte damit nicht nur das entrüstete Mißfallen der Kärntner Landesregierung, sondern auch die Mißbilligung des Staatsrates.³⁸ Dem persönlichen Einschreiten des steirischen Militärbevollmächtigten Einspinner gelang es zwar, eine für die Steiermark ein wenig günstigere Demarkationslinie zu erlangen, während die für Kärnten vereinbarten Vertragspunkte bereits zuvor im Einvernehmen mit der Grazer Landesregierung und der Laibacher Nationalregierung annulliert worden waren. Immerhin aber ist dieses diplomatische Mißgeschick bezeichnend für den anhaltenden Verständigungswillen, den die Grazer Behörden im Gegensatz zu den „steifnackigen Kärntner Vertretern“³⁹ auch weiterhin bewiesen.

Allerdings lassen sich gerade im Vergleich zu dem benachbarten Bundesland Kärnten einige stichfeste Gründe für die Notwendigkeit einer biegsameren Haltung der steirischen Behörden in den letzten Wochen des Jahres 1918 anführen:

Während das Agrarland Kärnten seine Ernährung notfalls auch in Eigenregie aufbringen konnte, war die stark industrialisierte Steiermark unbedingt auf auswärtige Zuschübe angewiesen. Außerdem kam es Anfang Dezember zu ersten kommunistischen Unruhen im obersteirischen Industriegebiet, die eine entschlossene und einmütige Frontstellung der steirischen Landesregierung gegen die südslawischen Gebietsansprüche erschwerten. Zu diesem Zeitpunkt standen die steirischen Sozialdemokraten dem Einsickern kommunistischen Gedankengutes in Volkswehr und Arbeiterhilfskorps noch ratlos gegenüber. Im Februar führte die radikale kommunistische Propaganda in Graz zu ersten Zusammenstößen. Auch die überstürzte Verhaftung der kommunistischen Führer nach dem Umsturzversuch im Februar 1919 hatte nur eine vorübergehende Desorganisation der steirischen Kommunistischen Partei zur Folge, deren Agitation den Einfluß der Sozialdemokraten auf die Arbei-

³⁷ Martin W u t t e, Kärntens Freiheitskampf, 2. umg. u. verm. Aufl., Weimar 1943, S. 103.

³⁸ AVA, Beschlußprotokolle des Vollzugausschusses des Staatsrates, 40. Sitzung.

³⁹ S. K n a u s, a. a. O., S. 83.

terschaft weiterhin ernsthaft bedrohte und deren Umsturzpläne die innere Sicherheit der Steiermark gefährdeten.⁴⁰

Schließlich verfügte Kärnten in Konsul Hoffinger über einen redewandten und einflußreichen Anwalt bei den Wiener Zentralstellen, der ethnographische und strategische Gründe für die absolute Priorität der Kärntner Frage vor dem steirischen und dem Tiroler Problem anzuführen wußte und so das absolute Veto der Staatsregierung zu steirischem Widerstand in eine halbe Zustimmung zum Kärntner Abwehrkampf umwandeln konnte. Konsul Hoffinger führte aus, in Kärnten bestehe die größte Gefahr, daß die durch den Frieden geschaffene Unrechtslage in eine vom Volkswillen akzeptierte Rechtslage verwandelt werde. Wenn der wirtschaftliche Anreiz des Verbleibens bei Deutsch-Österreich weg-falle, könnten die Kärntner Slowenen Gefallen daran finden, allen öffentlichen Verkehr in ihrer Muttersprache abzuwickeln.⁴¹

Immerhin führten die zunehmenden Bedrückungsmaßnahmen an der steirischen Südgrenze zu einem Dringlichkeitsantrag in der zweiten Sitzung der Provisorischen Landesversammlung Anfang Dezember, der die Vorfälle im Unterland als „harte Drangsalierung eines bodenständigen Volkes, die das mit dem Krieg hereingebrochene Unheil ins Unermeßliche steigern“, scharf ablehnte.

Die Landesregierung mußte sich aber weiterhin, in ihrer äußeren Handlungsfähigkeit durch innere Parteigegensätze gebunden, auf schriftliche Proteste beschränken, deren zunehmende Schärfe an der realen Situation nichts zu ändern vermochte:

Weder der Appell der steirischen Landesregierung an die deutsch-österreichische Staatsregierung, sich ihrem entschiedenen Einspruch anzuschließen⁴², noch die energischen Proteste gegen Amtsenthebungen, Tyrannei der Gemeindeverwaltungen und gewaltsame Slowenisierungsmaßnahmen und den wirtschaftlichen Druck hatten Erfolg, der Appell an Wilsons Gerechtigkeit und Unparteilichkeit blieb ebenso wirkungslos wie die Aufforderung an das deutsch-österreichische Außenamt, entsprechende Schritte gegen die „zunehmende Drangsalierung“ zu unternehmen.⁴³

Die erbitterte Haltung, die die deutsche Grenzbevölkerung bald ein-

nahm, ist verständlich, weil sie die Untätigkeit der Landesregierung als Verständnislosigkeit deuten mußte und die Rücksichtnahme auf die Versorgung der obersteirischen Industriegebiete als mangelnde Entschlossenheit auffassen konnte. Das in zahlreichen Stimmungsberichten bezeugte Mißtrauen der untersteirischen Bevölkerung gegenüber der „stiefmütterlichen Behandlung“⁴⁴ durch die Wiener Zentralstellen und die Grazer Landesregierung kam besonders deutlich in einer Anfrage der Abgeordneten Nagele und Genossen an den Staatssekretär für Äußeres zum Ausdruck, ob die deutsch-österreichische Regierung denn überhaupt auf Hoheitsrechte in dem von Südslawen verwalteten Gebiet verzichtet habe.⁴⁵

Trotz der gegen Jahresende zunehmenden Mißhelligkeiten an der untersteirischen Grenze berichtete selbst die deutsch-nationale Presse während der ersten Dezembertage 1918 mit einer für deutsch-nationale Begriffe ungewöhnlichen Zurückhaltung über die Verhältnisse im Unterland.

Das Laibacher Übereinkommen vom 12. Dezember 1918⁴⁶ erzielte zumindest in verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Fragen vorläufige Übereinstimmung mit der Laibacher Nationalregierung und verwies abermals die Entscheidung über die Grenzziehung ausdrücklich an den Friedenskongreß. Andererseits aber nahm Majster unbestätigte Vermutungen und Annahmen, „verhetzendes Gerede“ und „anonyme Briefe“ zum Anlaß, die jugoslawische Herrschaft schrittweise auf die fast rein deutsch besiedelten Orte Leutschach, Mureck, Mahrenberg, Abstall und Halbenrain auszudehnen, den jugoslawischen Einfluß in den besetzten Gebieten durch gewaltsame Requisitionen, Geiselaushebungen und andere Repressivmaßnahmen zu befestigen und auszubauen.⁴⁷ Unter dem Eindruck dieser Vorgänge modifizierte der sozialdemokratische „Arbeiterwille“ seine bislang vorsichtig kritische Haltung den jugoslawischen Maßnahmen gegenüber zu scharfer Polemik: Besonders die Stellung von Geiseln mute wie ein mittelalterlicher Kriegsbrauch an, und die völlige Ausschaltung der deutschen Verwaltung entbehre jeden Scheines von Recht.⁴⁸

Die persönliche Intervention des Landeshauptmannes Kaan und der beiden Landtagsabgeordneten Rintelen und Resel in Marburg in den

⁴⁰ Robert Hinteregger, Die Steiermark 1918/19. Ungedr. Phil. Diss., Graz 1971, S. 160–179.

⁴¹ HHStA, Präs. K. 342, Liasse Österreich 7/1, Denkschrift Hoffinger.

⁴² Stenographische Protokolle der Sitzungen des Steiermärkischen Landtages 1918 und 1919, 2. Sitzung vom 2. Dezember 1918.

⁴³ Stenographische Protokolle der Sitzungen des Steiermärkischen Landtages 1918 und 1919, 2. Sitzung vom 2. Dezember, 6. Sitzung vom 23. Jänner, 7. Sitzung vom 24. Jänner 1919.

⁴⁴ HHStA, Präs. N. P. A., K. 804, Liasse Südslawien 9/1, I — 3011/4 — 1919.

⁴⁵ Provisorische Nationalversammlung, 17. Sitzung vom 5. Februar 1919, 44, N. V./I.

⁴⁶ HHStA, Präs. N. P. A., K. 799, Liasse Südslawien 7/I—1. Das Laibacher Übereinkommen, getroffen zwischen der Nationalregierung SHS in Laibach und Vertretern der deutsch-österreichischen Regierung, bezog sich auf verkehrs- und wirtschaftspolitische Fragen, die zum Teil punktweise geregelt wurden bzw. deren einvernehmliche Regelung in Aussicht gestellt wurde.

⁴⁷ Volksblatt, 13. Dezember 1918, 1. Jänner 1919.

⁴⁸ Arbeiterwille, 4. Jänner 1919.

ersten Jännertagen 1919 gegen die Geiselaushebungen konnte den diplomatisch biegsamen Majster nur zu einer unverbindlichen Zusage bewegen, die er nach seinem Gutdünken brach.⁴⁹

Die Übernahme der Agenden des Marburger Gemeinderates durch die Slowenen und die reihenweise Auflösung deutscher Bezirksvertretungen⁵⁰, schließlich die Rekrutierung unzweifelhaft deutscher Staatsbürger im strittigen Grenzgebiet⁵¹ und der Versuch einer Nationalisierung der Südbahn⁵² führten zu einer weiteren Verschärfung der Stimmung im steirischen Unterland, die weder durch eine neuerliche Reise Kaans ins Grenzgebiet beruhigt werden konnte noch durch einen Appell der steirischen Sozialdemokraten an ihre jugoslawischen Genossen.

Ein Stimmungsbericht schilderte am Jahresbeginn 1919 nachdrücklich den Stimmungsumschwung im steirischen Unterland und die allgemeine Entrüstung der Grenzbevölkerung über die Untätigkeit des Grazer Volkswehrkommandos.⁵³

Auch der streng vertrauliche Bericht des Konsuls Hoffinger an das Staatsamt für Äußeres stimmte mit der Beobachtung überein, daß in der Steiermark Unzufriedenheit und Empörung über das Vorgehen der Jugoslawen gegen das deutsche Gebiet allgemein seien. Allerdings sei die Intensität dieser Empfindung verschieden, nämlich von Süden nach Norden abnehmend. In der Landeshauptstadt selbst überwiege bei aller Sympathie für die „Brüder im bedrohten Land“ der Wunsch nach Vermeidung gewaltsamer Ereignisse, und insbesondere die ruhige, ihrer großen Verantwortung bewußte Politik der Landesregierung mit Dr. von Kaan an der Spitze lasse es äußerst unwahrscheinlich erscheinen, daß sich das Land Steiermark in irgendwelche Abenteuer einlassen könnte. Immerhin aber wirke in der Untersteiermark außer den jugoslawischen Repressivmaßnahmen auch die Tätigkeit lokaler, aktionslüsterner Politiker aufwiegend, die die angeblich unverantwortliche Nachgiebigkeit der Landesregierung fortwährend mit dem Vokabular der Alldeutschen anprangerten und behaupteten, daß ein energischer bewaffneter Widerstand auch jetzt noch erfolgreich sein könnte. Konsul Hoffinger beurteilte die Erfolgsaussichten einer militärischen Aktion überaus nüchtern. Jedenfalls schien ihm eine intensivere Beschäftigung der Presse mit der „Unterdrückung der deutschen Südsteirer“ ratsam.⁵⁴

⁴⁹ Volksblatt, 5. Jänner 1919.

⁵⁰ Volksblatt, 7. Jänner 1919.

⁵¹ Arbeiterwille, 10. Jänner 1919.

⁵² Arbeiterwille, 18. Jänner 1919.

⁵³ Kriegsarchiv, Lbh. Stmk. Na. Nr. 133 — 1919, Situationsbericht vom 20. Jänner 1919.

⁵⁴ HHStA, Präs. N. P. A., K. 800, Liasse Südslawien 9/1, I — 1026/4.

Der flüchtige Besuch einer amerikanischen Studienkommission in Radkersburg und Marburg gegen Ende Jänner trug dazu bei, die nationale Zuversicht der deutschen Grenzbevölkerung des steirischen Unterlandes zu heben und ihre Hoffnung auf eine friedliche und versöhnliche Lösung zu stärken.

Aus dieser nationalen Hochstimmung heraus resultierte auch ein verunglücktes Plebiszit, das die deutschen Untersteirer improvisieren wollten, das aber die amerikanische Kommission empfindlich verstimmte, weil eine derartige Abstimmung ganz außerhalb ihres Kompetenzbereiches und ihrer Absicht lag.⁵⁵ Das Bemühen der untersteirischen Abgeordneten Wastian und Malik, die Mitglieder der amerikanischen Studienkommission auf die Verhältnisse im Unterland aufmerksam zu machen, mag bei Oblt. Miles, dem zuständigen Mitglied der Kommission, zwar auf Verständnis gestoßen sein, doch selbst seine Fürsprache konnte den Friedenschluß nicht korrigieren.

Während des Besuches der amerikanischen Delegation in Marburg ereignete sich auch ein folgenschwerer Zwischenfall, als eine Gewehrsalve eines südslawischen Offiziers in eine versammelte Menge fuhr und elf Tote und eine Reihe Verwundeter kostete. Die Berichte über Ursache und Hergang des Unglücksfalles weichen voneinander ab, bestimmt haben die deutsch-nationale Propaganda und Geschichtsschreibung den unglücklichen Vorfall über seine ohnehin tragische Bedeutung hinaus hochgespielt.

Die traurige Bilanz der Marburger Vorfälle führte zu einer Welle nationaler Erregung in der ganzen Steiermark. Die deutsch-nationale steirische Presse richtete an die Landesregierung einen eindringlichen Handlungsappell, und in der ganzen Steiermark fanden Sympathiekundgebungen für die bedrängten Untersteirer statt. Die allgemeine Empörung veranlaßte Landeshauptmann Kaan zu Repressalien gegen die in Graz lebenden Südslawen. Diese aus völkischem Eifer getroffene Maßnahme veranschaulicht die Inkonsequenz und Zerfahrenheit der steirischen Politik dem südlichen Nachbarn gegenüber.

Den nach den Marburger Ereignissen augenscheinlich einsetzenden

⁵⁵ HHStA, Präs. N. P. A., K. 800, Liasse Südslawien 9/1, I — 1026/4. Konsul Hoffinger führte in einem streng vertraulichen Stimmungsbericht vom 25. Jänner 1919 aus: „Leider haben die erwähnten Herren durch die mit meiner gestrigen Telephondepesche berichtete Angelegenheit mit dem verunglückten Plebiszit bei den Amerikanern ziemlichen Unwillen erregt, der sich noch steigern dürfte, wenn die letzteren erfahren, daß die verteilten Flugzettel den Kopf trugen: ‚Im Auftrag der amerikanischen Kommission! Bis jetzt haben sie, soviel ich weiß, noch kein Exemplar in die Hand bekommen, doch dürften die Slowenen nicht ermangeln, ihnen ein solches zuzuschicken, wenn sie nicht ihrerseits wiederum die Verhinderung einer möglichst freien Willensäußerung möglichst unerwähnt lassen wollen.“

österreichfreundlichen Stimmungsumschwung in Ententekreisen konnten die jugoslawischen Behörden mit der Behauptung abbiegen, die den Alliierten ein rotes Tuch bedeutete, obgleich sie jeder Grundlage entbehrte. Die SHS-Regierung behauptete nämlich, daß es sich bei den Marburger Demonstrationen nicht um eine nationale Kundgebung gehandelt habe, sondern um einen bolschewistischen Putschversuch. Die Erwartung der Jugoslawen, die auf die alliierten Lebensmittellieferungen angewiesene Steiermark damit an einem neuralgischen Punkt zu treffen, erwiesen sich bald als berechtigt, weil die Entente prompt die Einstellung der Lebensmittellieferungen für den Fall kommunistischer Unruhen androhte.

Jedenfalls führten die Marburger Ereignisse, die als „Marburger Bluttag“ in die Chronik der deutsch-nationalen Geschichtsschreibung eingingen, zu einer Verstärkung des Grenzschutzes, zu einer Truppenverlegung an die südliche Grenze und zu einer Verhärtung der bislang nachgiebigen Haltung des steirischen Militärkommandos, dem jener Beschluß als neue Richtschnur galt, den die Kärntner bereits am 5. Dezember 1918 gefaßt hatten, nämlich den jugoslawischen Truppen entschiedenen Widerstand zu leisten. Aufgrund der erregten Stimmung weiter Bevölkerungskreise schmiedete die steirische Landesregierung Angriffspläne gegen Marburg, plante eine Zusammenarbeit mit Kärnten und nahm Verbindung mit Wiener militärischen Stellen auf. Mit der abklingenden Erregung aber und wegen des sozialdemokratischen Einspruchs im Landtag gegen eine Politik, die zu bewaffneten Zusammenstößen mit den Jugoslawen führen müsse⁵⁶, ließ die Landesregierung diese Pläne schließlich wieder fahren. Die Truppen- und Materialkonzentration an der steirischen Südgrenze wurde allerdings fortgesetzt. Während jedoch Generalmajor Mitteregger seinen „Bericht über die Möglichkeit einer Operation zur Besitznahme des Raumes Marburg“ am 5. Februar 1919 negativ abschloß, nahm die Erbitterung der deutschen Bevölkerung der Untersteiermark greifbare Formen an, als die Jugoslawen zur Rekrutierung wehrfähiger deutscher Männer aus Radkersburg schritten.

Der Radkersburger Bauernaufstand, der mitten in die seit Ende Jänner betriebenen militärischen Angriffsvorbereitungen des steirischen Volkswehrkommandos hineinplatzte⁵⁷, bildete den Anstoß zu einer Reihe von Scharmützeln, die die wehrfähige einheimische Bevölkerung während der folgenden Wochen gegen die jugoslawischen Besatzungstruppen führte.

⁵⁶ S. K n a u s, a. a. O., S. 95.

⁵⁷ S. K n a u s, a. a. O., S. 97.

Bereits Anfang Februar kristallisierte sich Straden als Mittelpunkt der Bauernaufstände heraus, die Dr. Willibald Brodmann im spontan entstandenen untersteirischen Bauernkommando einheitlich zu organisieren und zu leiten versuchte.⁵⁸

Der steirische Landeshauptmann schilderte in einer telefonischen Meldung an das Staatsamt für Äußeres die heikle Lage, in der sich die steirische Landesregierung während der Bauernaufstände an der untersteirischen Grenze befände, falls sich die gerüchteweise verlautete Befreiung Radkersburgs durch die deutschen Bauern bewahrheitete. Die ungünstigen Aussichten für eine militärische Intervention und die bislang abgegebene Zusicherung, daß irgendwelche Offensivschritte von seiten der österreichischen Volkswehr nicht geplant seien, bewogen den Landeshauptmann, die dringende Bitte um Entsendung einer Ententemission nach Radkersburg zu stellen. Landeshauptmann Kaan war geradezu ängstlich darauf bedacht, daß das Staatsamt für Äußeres nach Laibach melde, daß es sich um einen Aufstand unterdrückter Bauern handle, dem die steirische Landesregierung und das Volkswehrkommando fernstünden.⁵⁹ Diese dringende Bitte des steirischen Landeshauptmannes läßt den Schluß zu, daß während der kritischen Februartage nicht allein die Wiener Regierungsstellen, sondern auch die Grazer Behörden eine bewaffnete Intervention zu verhindern trachteten, um so mehr, als die Staatskanzlei Anfang Februar die ablehnende Haltung des Staatsamtes für Äußeres einer sachten Kritik unterzog und Abwehrmaßnahmen zuzustimmen bereit war, die nach der politischen Gesamtlage zulässig erschienen. Dr. Renner führte aus, daß der „Stimmung der durch die Ereignisse zunächst betroffenen Volkskreise um so eher Rechnung getragen werden sollte, als diese sonst dazu veranlaßt werden könnten, die zuständigen Landesbehörden zu einem energischen, vielleicht ungeeigneten Vorgehen zu bewegen oder gar zur Selbsthilfe zu greifen. Dadurch könnten eventuell unliebsame Meinungsverschiedenheiten zwischen Zentralstellen und Landesstellen ausgelöst werden, was gewiß nicht zur Hebung der staatlichen Autorität nach innen und außen beitragen würde.“⁶⁰

Die steirische Landesregierung jedoch verhielt sich gegenüber den Plänen untersteirischer Freischärler unter der Leitung Oblt. Mickls aus Zeltling bei Radkersburg schon seit Ende Jänner strikt ablehnend und erklärte sich kategorisch außerstande, die Aufstandsbewegung Anfang Februar zu unterstützen. Um ihre strikte Neutralität zu wahren, verfügte

⁵⁸ Kriegsarchiv, Verzeichnis über verschiedene Schriften, Geschichte des österreichischen Bundesheeres, A. B. 584-4-34, Fasc. 2, H. 7.

⁵⁹ HHStA, Präs. N. P. A., K. 802, Liasse Südslawien 9/1, I — 1315/4 — 1919.

⁶⁰ HHStA, Präs. N. P. A., K. 802, Liasse Südslawien 9/1, I — 1494/4 — 1919.

die Landesregierung die Beschlagnahme einer Waggonladung mit Waffen, die der Kärntner Landesbefehlshaber für Radkersburg zur Verfügung gestellt hatte. Der steirische Landesbefehlshaber lehnte die Freigabe des Waggons aus Verantwortungsgefühl ab.⁶¹ Erst als sich die Aufstandsbewegung auf Halbenrain, Oberpurkla, Gosdorf, Mureck und Weitersfeld ausdehnte, entschloß sich die Landesregierung zu wohlwollendem Verhalten den aufständischen Bauern gegenüber.⁶²

Neben der ausbleibenden Volkswehrunterstützung verhinderten persönliche Eifersüchteleien unter den örtlichen Leitern, die keine einheitliche Führung ermöglichten, eine ausreichende Schlagkraft der ursprünglich rein defensiv ausgerichteten untersteirischen Heimwehrorganisation und vereitelten damit einen durchaus möglichen zeitweiligen Erfolg.⁶³

Abermals münzten die slowenischen Zentralorgane die nationalen Aufstände zu bolschewikischen Bandenüberfällen um, damit sie den Argwohn der Entente erregten. Die Teilnahme ungarischer Freischärler an diesen Bauernaufständen schien geeignet, diesen Verdacht zu bestärken.

Der am 8. Februar 1919 in Radkersburg geschlossene Waffenstillstand beendete vorderhand die Feindseligkeiten, und die Marburger Verhandlungen führten schließlich zu einem militärischen Sonderabkommen, das u. a. eine neutrale Zone festlegte und praktisch die ganze Untersteiermark den Slowenen preisgab.⁶⁴ Die slowenische Zeitung „Straza“ berichtete am 14. Februar mit Genugtuung über die hartnäckig geführten Verhandlungen, die schließlich zur Festsetzung einer für die Slowenen vorteilhaften Demarkationslinie geführt hätten.⁶⁵ Die Teilnahme des französischen Majors Montague an diesen Verhandlungen bestätigt Claudia Kromers Annahme, daß Frankreich besonderes Interesse an einem für Jugoslawien erfolgreichen Ausgang hatte, seit die französische Politik nach einer Annäherung an Italien die jugoslawischen Forderungen nur noch dort unterstützen konnte, wo nicht unmittelbar italienische Interessen auf dem Spiel standen: in der Steiermark und in Teilen Kärntens.⁶⁶

Das Ergebnis der Marburger Verhandlungen konnte die nationalen Aspirationen der deutschgesinnten Bevölkerung Radkersburgs und des Abtaller Beckens nicht zufriedenstellen und bot keine Gewähr für eine Beseitigung der Unstimmigkeiten, die auch durch die Verhandlungen

⁶¹ H. Lechner, a. a. O., S. 9.

⁶² S. Knaus, a. a. O., S. 100.

⁶³ Kriegsarchiv, Lbh. Stmk. Na. Nr. 737 — 1919, Bericht vom 6. Mai 1919.

⁶⁴ Kriegsarchiv, Lbh. Stmk. Na. Nr. 316 — 1919, Bericht vom 15. Februar über die Marburger Waffenstillstandsverhandlungen.

⁶⁵ Straza, 14. Februar 1919.

⁶⁶ Claudia Kromer, Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Frage Kärnten 1918—1920. In: Carinthia, 160. Jg., Heft 3, 1970.

zwischen den sozialdemokratischen Mitgliedern der SHS-Regierung und den steirischen Sozialdemokraten Pongratz und Resel nicht beseitigt werden konnten.⁶⁷ Ein Handelsverbot mit Deutsch-Österreich, die Sperrung und Zwangsverwaltung des in südslawischem Besitz befindlichen ausländischen Vermögens⁶⁸, die Abschaffung der Pressefreiheit und die Sperrung der Marburger Realschule stellten vielmehr Maßnahmen dar, um die besetzten Gebiete zu infiltrieren und die Stimmung im südslawischen Sinn günstig zu beeinflussen. Kundgebungen okkupierter Gemeindeversammlungen und fingierte Volksabstimmungen⁶⁹ bildeten wirksame Mittel, um den Siegermächten ein verzerrtes Bild von der Volksstimmung im steirischen Unterland zu vermitteln.

Während der Monate März bis Juni 1919 drohten eine neuerliche bewaffnete Erhebung der deutschgesinnten Bevölkerung und selbst ein Angriff auf Marburg mehrmals unmittelbar bevorzustehen. Gegen Ende Mai 1919 schien für Julius Deutsch die Gefahr eines österreichischen Handstreichs auf Marburg durchaus akut. Allerdings beteuerte Deutsch dem besorgten italienischen General Segré gegenüber, daß nach Möglichkeit keine Offensive gegen Marburg durchgeführt werde, wengleich die politischen Aspirationen auf Marburg weiterhin aufrechterhalten würden.⁷⁰

Eine Note des deutsch-österreichischen Staatsamtes vom 22. Juni 1919 an die alliierten Mächte wies auf die unaufhörliche Einschüchterung der untersteirischen Bevölkerung hin, deren Ziel eine schädliche Beeinflussung einer Volksabstimmung sei. Diese Note enthielt auch einen Hinweis auf die rücksichtslose Vorgangsweise der Jugoslawen, die eine so große Gärung verursacht habe, daß die Bevölkerung zu ihrer Verteidigung zu den Waffen greifen werde.⁷¹

In der Tat gab es zahlreiche gewichtige Umstände, die während des angeführten Zeitraumes eine militärische Rückeroberung der von den Slowenen besetzten Gebiete begünstigt hätten:

Die grundsätzliche Bereitschaft der ungarischen Räteregierung, die steirische Bewegung wenigstens mit Geld zu unterstützen, die Fühlungnahme mit den Italienern, die nach Auskunft der Quellen den steirischen Ambitionen entgegenkamen, und schließlich auch die Möglichkeit eines

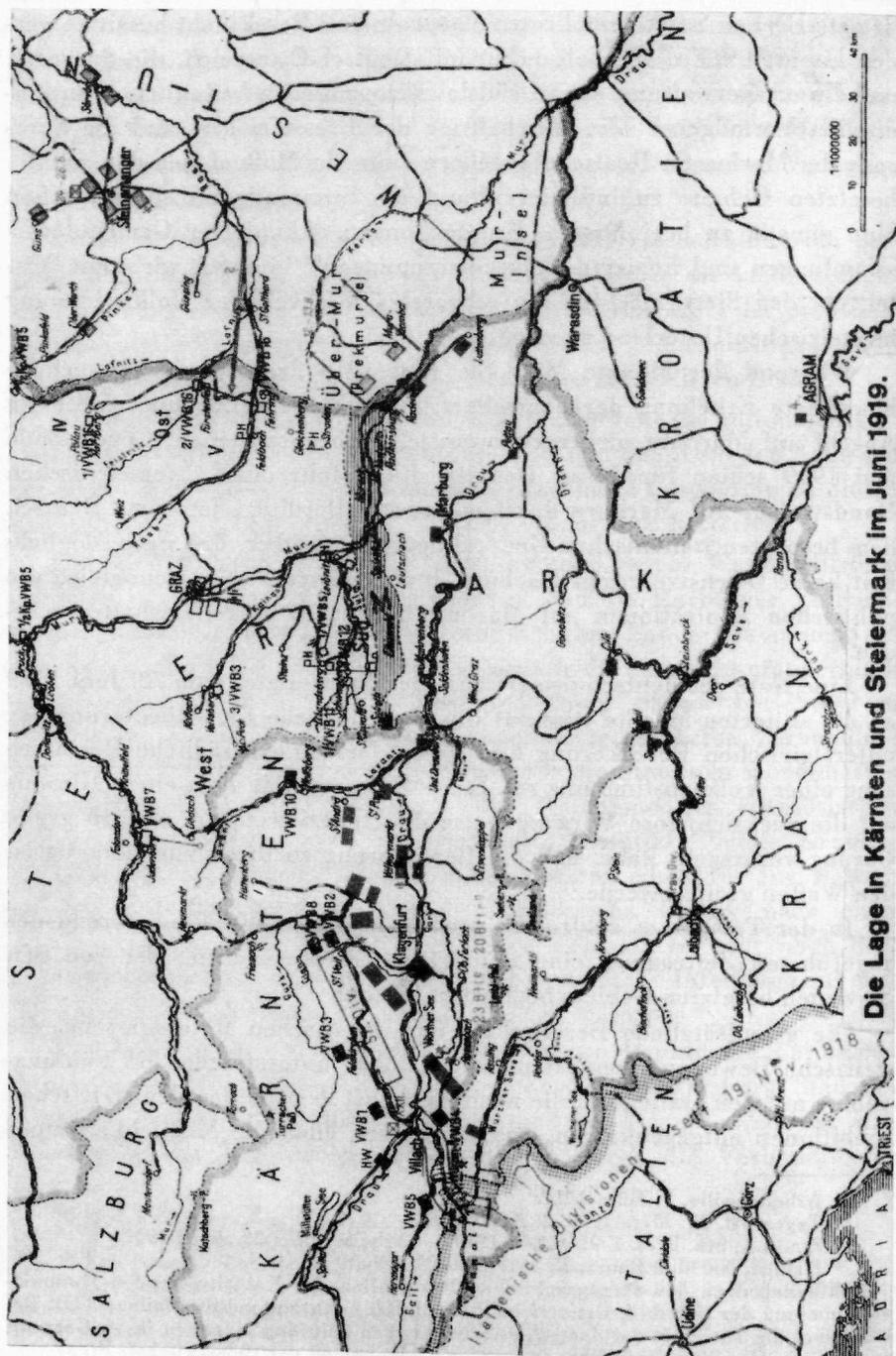
⁶⁷ Arbeiterwille, 5. März 1919.

⁶⁸ Tagespost, 27. März 1919, 3. April 1919.

⁶⁹ StmkLA, Sth. Präs. E 91/450 — 1919. — Arbeiterwille, 22. April 1919.

⁷⁰ HHStA, Nachlaß Bauer, K. 261, 1550 — Präs. 1919.

⁷¹ Beilagen zu den stenographischen Protokollen der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich, 1919, II. Band (enthaltend die Beilage 379), Bericht über die Tätigkeit der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in St. Germain en Laye. Beilage 39, zehnte Note wegen der Ereignisse an der südslawischen Front vom 1. Juli 1919.



Die Lage in Kärnten und Steiermark im Juni 1919.

- Kärntner Volkswehr - Battalion
- Steirisches " "
- ▨ Italienische Infanterie Division
- Jugoslawisches Battalion
- ▨ Battalion der ungarischen Rotarmee
- ▬ Neutrale Zone

Grenzschutz - Maßnahmen:

1) Staatsamt für Inneres und Unterricht:
(1000 Offiziere, 2.000 Gendarmen)
30. April 1919 bis Ende Januar 1920.

- Abchnitt I 250 Offz., Züge in Marburg, Haunburg, Bruck
 - II 150 " " " Unt. Waltersdorf, Portisndorf
 - III 150 " " " Ebenfurth, Wt. Neustadt, Aspang
 - IV 200 " " " Friedberg, Hartberg
 - V 200 " " " Fürstenfeld, Fähring, Feldbach

2) Militärischer Grenzschutz in Steiermark
ab Juni 1919:

- West: Judenburg, Weitsberg, Schwanberg, endet am 30. 6. 1919
 Süd: Eibiswald, Leibnitz, Deutsch-Landsberg
 Ost: Fähring, Fürstenfeld, Hartberg
 Nord: Friedberg, Spitala S., Murzschlag, Bruck

3) PH Heimwehr:

Untersteirisches Bauern-Kommando ab 4. 2. 1919 in Straden,
Heimwehr-Kommandos in Deutsch-Landsberg, Leibnitz, Feldbach,
 später auch in zahlreichen Orten in ganz Steiermark.

Zusammenwirkens mit der slowenischen Sozialdemokratie, die auf einen Sturz der eigenen Dynastie abzielte⁷², sowie überhaupt die antiserbische Komponente in Slowenien konnten die SHS-Regierung in eine prekäre Situation bringen. Zahlreiche Situations- und Stimmungsberichte wiesen auf die militärische Sicherung strategisch wichtiger Punkte durch slowenische Truppen und auf hermetische Absperrmaßnahmen an der Grenze zum besetzten Gebiet hin, die Anfang April 1919 angeblich aus Furcht vor dem Eindringen kommunistischer Ideen in die besetzten Gebiete erfolgten.⁷³

Um die Mitte April deutete auch die Besetzung der Eisenbahn- und Straßenbrücke in Marburg auf die Furcht der Marburger Behörden vor einem eventuellen Aufstand oder vor einem Ausbruch des von den sozialdemokratischen Eisenbahnern der Marburger Südbahnwerkstätte schon lange propagierten Eisenbahnerstreiks hin.⁷⁴

Zahlreiche Nachrichten wiesen auf Bestrebungen in der besetzten Untersteiermark hin, die auf die Trennung von Serbien, die Schaffung einer selbständigen Republik oder gar den Anschluß an Deutsch-Österreich abzielten. Mit diesen Umsturzbestrebungen in der jugoslawisch besetzten Untersteiermark liebäugelte nicht nur die sozialdemokratisch ausgerichtete deutsche und slowenische Arbeiterschaft, hauptsächlich die Arbeiter der Südbahn, sondern auch Teile der Bauernschaft, die mit dem serbischen Regime unzufrieden war, und ein Teil des Bürgertums. Vorbehaltlos in den Dienst der jugoslawischen Sache stellten sich allein Geistliche, Offiziere und Lehrer, die nach der Abwanderung eines Teiles der deutschen Intelligenz die Beamtenstellen in verschiedenen staatlichen Ämtern ausfüllen mußten.⁷⁵ Trotz dieser prekären Situation, in der sich die SHS-Regierung befand, vereitelten der empfindliche Waffenmangel, die fortwährende Unentschlossenheit der steirischen Landesregierung und die weiterhin grundsätzlich ablehnende Haltung der Wiener Zentral-

⁷² HHStA, Präs. N. P. A., K. 804, Liasse Südslawien 9/1, I — 8109/4 — 1919.

⁷³ Kriegsarchiv, Lbh. Stmk. Na. Nr. 542 — 1919, Situationsbericht vom 30. März 1919; Lbh. Stmk. Na. Nr. 642 — 1919, Stimmungsbericht vom 16. April.

⁷⁴ Kriegsarchiv, Lbh. Stmk. Na. Nr. 642 — 1919, Stimmungsbericht vom 16. April.

⁷⁵ Kriegsarchiv, Lbh. Stmk. Na. Nr. 2816 — 1918, Bericht vom 22. Dezember 1918; Lbh. Stmk. Na. Nr. 278 — 1919, Stimmungsbericht vom 8. Februar 1919.

stellen eine nochmalige Erhebung der untersteirischen Bevölkerung gegen die slowenische Besetzung.

In einem Telegramm an den steirischen Landeshauptmann warnte Dr. Bauer am 12. Mai neuerlich vor jeder selbständigen Aktion der steirischen Landesregierung auf das entschiedenste, nachdem Kaan ein eigenständiges Vorgehen der Landesregierung angedroht hatte.⁷⁶ Besonders aber mag ein Telegramm Dr. Renners aus St. Germain die steirischen Behörden dazu bewogen haben, von jeder selbständigen Initiative in der untersteirischen Angelegenheit abzusehen: „Im Falle eines neuerlichen Kampfes in Kärnten bitten wir, eine angriffsweise Erhebung in der Steiermark im Interesse der Friedensverhandlungen zu vermeiden.“⁷⁷ Ein Brief des Deutschnationalen Ing. Ornig wies auf die beschwichtigende Wirkung hin, die dieses Telegramm auf die angriffsbereite Stimmung der Bauern im steirischen Unterland ausgeübt habe.⁷⁸

Hauptsächlich aber erschwerten die bereits angedeuteten inneren Spannungen in der Steiermark, die während der ersten Jahreshälfte 1919 rapid zunahmen, einen entschlossenen bewaffneten Widerstand an der steirischen Südgrenze:

Die Ausrufung der Räterediktatur im benachbarten Ungarn bewirkte eine sprunghafte Zunahme der kommunistischen Propaganda in der Steiermark und steigenden Anklang der kommunistischen Ideen. Die kommunistischen Forderungen fanden wegen ihrer Kompromißlosigkeit bei den sozial bedürftigsten Schichten lebhaften Anklang. Eine Flut kommunistischen Werbematerials aus Ungarn versuchte die steirischen Genossen zur Ausrufung des Eisenbahnerstreiks und schließlich zur Proklamierung der Proletarierrevolution zu animieren.⁷⁹ Trotz der regen Gegenpropaganda der Arbeiter- und Soldatenräte und der sozialdemokratischen Vertrauensmänner⁸⁰ blieben die kommunistischen Umsturzpläne eine ernsthafte Gefährdung der inneren Stabilität, und die kommunistische Werbetätigkeit bedrohte weiterhin den bislang ungeteilten sozialdemokratischen Einfluß auf die Industriearbeiterschaft. Eine empfindliche Vertrauenseinbuße der Sozialdemokratischen Partei in der Obersteiermark infolge einer mißglückten Sozialisierungsaktion im Donawitzer Stahlwerk und im Seegrabner Kohlenrevier vermehrte diese innerparteilichen Spannungen. Die mangelnde Bereitschaft Otto Bauers, die spontan

⁷⁶ HHStA, Präs. N. P. A., K. 804, Liasse Südslawien 9/1, I — 1412 — 1919.

⁷⁷ HHStA, Präs. N. P. A., K. 804, Liasse Südslawien 9/1, I — 3942/4. Das Telegramm ist auch von Dr. Kaan und Dr. Gürtler unterzeichnet.

⁷⁸ StmkLA, Zeitgeschichtliche Sammlung.

⁷⁹ StmkLA, Plakatsammlung.

⁸⁰ Kriegsarchiv, Lbh. Stmk. Na. Nr. 619 — 1919, Nachricht vom 14. April 1919 u. a.

durchgeführte Sozialisierung dieser Großbetriebe nachträglich zu sanktionieren, hatte einen merklichen Vertrauensverlust der traditionell radikalen Arbeiterschaft der obersteirischen Eisenindustrie zur sozialdemokratischen Partei zur Folge.⁸¹

In der Oststeiermark wiederum vermehrte die Einrichtung der oben erwähnten paramilitärischen Heimwehrorganisationen die sozialdemokratischen Befürchtungen vor Restaurationsplänen konservativer Kreise, welche eine vom Sozialdemokraten Leichin später eingestandene Aufstellung einer geheimgehaltenen „Roten Garde“ in der Steiermark bewirkten.⁸² Dr. Brodmann hatte während des Februar 1919 die zerstreuten Heimwehren des untersteirischen Grenzgebietes zu einer schlagkräftigen Organisation zusammengefaßt, die zunächst mit dem Grenzschutz von der Kärntner Grenze bis nach Ungarn betraut war. Die zögernde und mangelhafte Hilfeleistung der Volkswehr während der Radkersburger Erhebung mag ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß dem Landesbefehlshaber auf die Errichtung der Heimwehren nicht der geringste Einfluß eingeräumt wurde und ihm keinerlei Befehlsgewalt über die Heimwehren zustand. Das „Untersteirische Bauernkommando“, wie die Heimwehrleitung lange Zeit hieß, vollzog die Weisungen der Landesregierung nur insofern, als sie ihm und der Bauernschaft genehm waren.⁸³

Während der Monate März, April und Mai erweiterte der Aufschwung der Kommunistischen Partei in Ungarn und Österreich das Betätigungsfeld für Brodmanns Organisation. Dr. Brodmann knüpfte Verbindungen mit der Gegenpartei des roten Ungarn an, mit führenden Kroaten des antiserbischen Lagers und schließlich auch mit der Organisation Escherich in Bayern.⁸⁴ Zur Aufgabe des Grenzschutzes kam also während dieser Zeit auch noch der Schutz der konservativen bäuerlichen Bevölkerung gegen „innere Feinde“, die Kommunisten. Diese Erweiterung der ursprünglich rein nationalen Zielsetzung der Heimwehren um antikommunistische Intentionen erklärt eine gewisse Animosität der steirischen Sozialdemokraten gegen diese paramilitärischen Verbände.

Die selbständige Ausrichtung der Heimwehren im Süden und Osten der Steiermark barg aber noch in anderer Hinsicht Gefahr, denn es erfolgten wiederholt bewaffnete Zusammenstöße zwischen Bauern, die

⁸¹ R. Hinteregger, a. a. O., S. 177 ff.

⁸² Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs in Wien 1919, Wien 1920, S. 171 f.

⁸³ HHStA, Präs. N. P. A., K. 804, Liasse Südslawien 9/1, Stimmungsbericht vom 4. April 1919; Lbh. Stmk. Na. Nr. 572 — 1919, Bericht vom 7. April 1919.

⁸⁴ Kriegsarchiv, Verzeichnis über verschiedene Schriften, Geschichte des österreichischen Bundesheeres, A. B. 584-4-34, Fasc. 2, H. 7.

sich der Requisition widersetzen, und Volkswehrabteilungen, Arbeiterhilfskorps und Gendarmeriepatrouillen.⁸⁵ Diese Resistenz der Landbevölkerung gegen die notwendige Lebensmittelablieferung konnte die Ernährung der Stadtbevölkerung arg gefährden.

Diese politischen, sozialen und materiellen Spannungen erschwerten also eine militärische Intervention in der Untersteiermark. Die steirische Landesregierung setzte daher ihre Hoffnungen auf eine einvernehmliche diplomatische Lösung des Konflikts auf der Pariser Friedenskonferenz, obgleich sie die Verhältnisse im steirischen Unterland ebenfalls arg bedrückten.

Eine Beurteilung der nachgiebigen Haltung der steirischen Landesregierung in der untersteirischen Frage aus dieser Sicht wird selbst aus kritischer Distanz und ohne apologetische Absicht verständnisvoller ausfallen dürfen als das harte Urteil der deutsch-nationalen Geschichtsschreibung.

Jedenfalls aber darf der steirischen Landesregierung bei aller Vorsicht vor einer unbedachten Wertung a posteriori der Vorwurf nicht erspart bleiben, ohne allzuviel diplomatisches Geschick, ohne Gespür für das gerade noch Erreichbare und ohne Ausnützung des vorhandenen Handlungsspielraums wertvolle Landstriche mit überwiegend deutsch besiedelten Städten und Märkten dem national ambitionierten SHS-Königreich preisgegeben zu haben.

*

Während die Wiener Zentralstellen und die Grazer Landesregierung in bezug auf eine militärische Abwehr der südslawischen Gebietsansprüche maßvolle Zurückhaltung und weitgehende Kompromißbereitschaft gezeigt hatten, vertrat die österreichische Friedensdelegation in St. Germain die steirischen Belange mit Nachdruck und diplomatischem Geschick.⁸⁶

Die österreichische Delegation geriet dabei allerdings insofern gleich zu Beginn ins Hintertreffen, als die Gebietskommission bereits am 2. März und am 6. April, also noch vor dem Eintreffen der österreichischen Delegation, die Grundsätze für eine Grenzziehung im steirischen Grenzabschnitt festgelegt hatte, die sich weitgehend an der jugoslawi-

⁸⁵ Grazer Gerichtsarchiv, Aktenzeichen XII a 1282/18 und Aktenzeichen XII a 1632/19 u. a.

⁸⁶ Nina Almond, Ralph Haswell Lutz, *The Treaty of St. Germain. A Documentary History of its Territorial and Political Clauses. With a Survey of the Documents of the Supreme Council of the Paris Peace Conference*, Stanford—London—Milford 1935. Document 126, S. 363 ff.

schen Stellungnahme vom 18. Februar 1919 im Rat der Zehn orientierten.⁸⁷ Diese Argumente erfuhren während der anschließenden Friedensverhandlungen eine oftmalige fast monotone Wiederholung ohne inhaltliche Vertiefung oder Bereicherung, so daß es sich lohnt, sie anzuführen:

Die amerikanische, britische und französische Delegation stellten fest, daß der Bezirk Marburg von einer Einwohnerschaft bewohnt sei, in der das ländliche slowenische Element die Oberhand besitze. Sie anerkannten, daß dieses Bevölkerungselement seine nationalen Aspirationen trotz der Assimilierungspolitik der österreichischen Verwaltung bewahrt habe. Zudem sei der Handel dieser Gebiete trotz der österreichischen Bemühungen, den Handel von Ungarn abzuziehen, in enger wirtschaftlicher Verbindung mit dem unteren Drautal gestanden und mit dem Gebiet südlich des Flusses. Während sich diese Verbindung im Falle einer politischen Vereinigung des Bezirkes mit Jugoslawien intensivieren würde, stünde eine Lockerung der Verbindung mit dem Norden bevor, die durch die Anziehungskraft der österreichischen Hauptstadt geschaffen worden sei.

Lediglich die italienische Delegation war der Meinung, daß Marburg, dessen deutschen Charakter sie anerkannte, vom wirtschaftlichen System Österreichs abhängig sei und davon nicht getrennt werden könne, ohne daß das Wirtschaftsleben zerstört würde und auch die Aufrechterhaltung des Friedens gefährdet sei.⁸⁸ Der Rat der Fünf schloß sich diesen Argumenten am 9. Mai in gleicher Aufteilung an. Der Italiener de Martino erwies sich abermals als Fürsprecher für die steirischen Belange, indem er auf die Bedeutung Marburgs als Eisenbahnknotenpunkt hinwies und überdies von einer getrennten Beratung über das untersteirische Problem abriet.⁸⁹

Die Friedensbedingungen vom 2. Juni fielen nicht nur für die Steiermark niederdrückend aus, so daß die deutsche Geschichtsschreibung für den Pariser Friedensschluß den Ausdruck „Friedensdiktat“ prägte.⁹⁰

Die Reaktion auf die in Paris ausgehandelten Friedensbedingungen in Österreich war entrüstet:

In der 21. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutsch-Österreich am 7. Juni legte der Abgeordnete Dr. Gimpl „im Namen und im Einvernehmen mit den steirischen Abgeordneten“ in einer emphatischen Rede feierlich Verwahrung gegen diese Friedensbe-

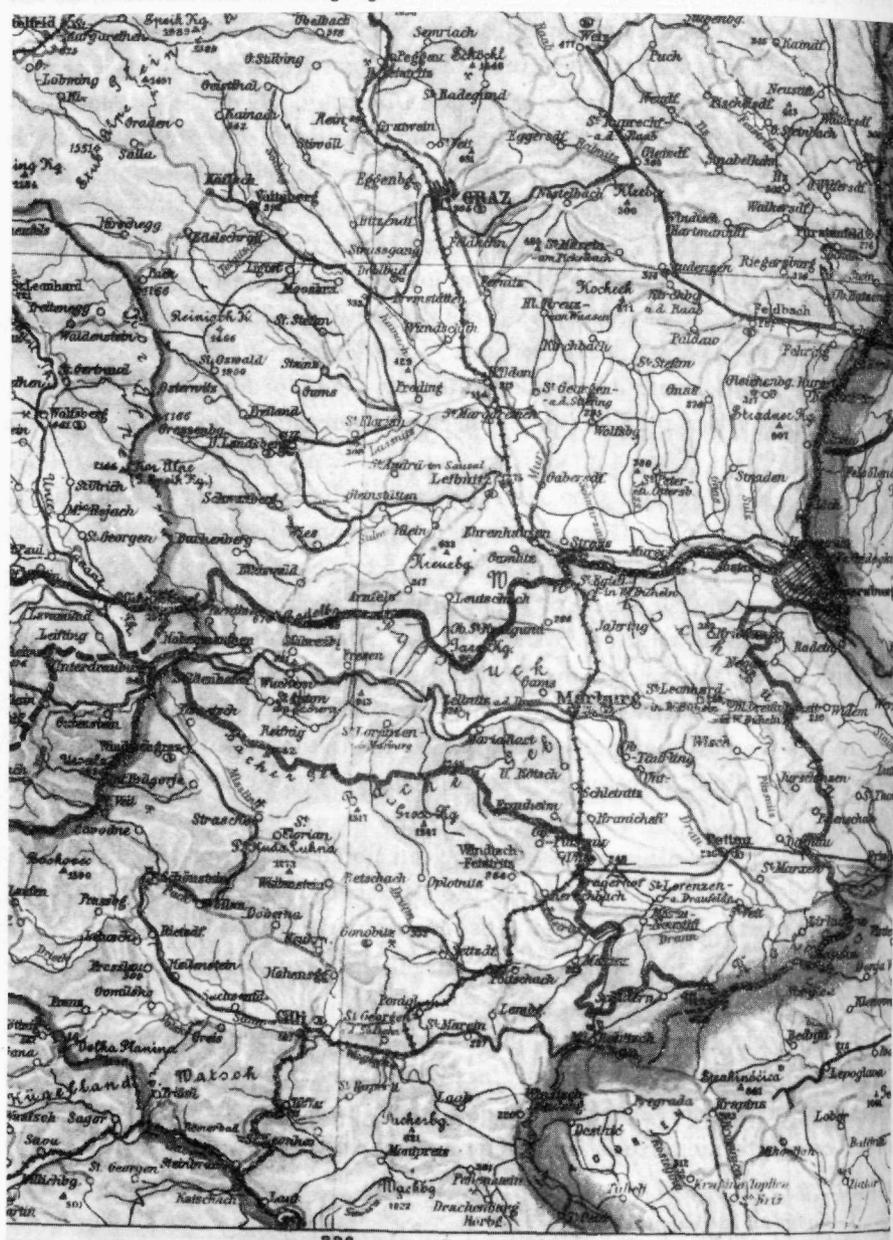
⁸⁷ Ebenda, Document 124, S. 359 f.

⁸⁸ Ebenda, Document 126, S. 364.

⁸⁹ Ebenda, Document 127, S. 368 ff.

⁹⁰ Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation, Beilage 18.

Die territorialen Friedensbedingungen für die Steiermark.



dingungen ein, die den Langmut der Untersteirer bitter enttäuscht hätten.⁹¹

Der Steiermärkische Landtag, der seine bislang maßvolle Haltung gar nicht belohnt sah, protestierte in seiner 3. Sitzung am 13. Juni 1919 feierlich und einstimmig gegen „diese unannehmbaren Friedensbedingungen“ und forderte ebenso einhellig eine Volksabstimmung in den strittigen Gebieten unter Aufsicht einer neutralen oder gemischtneutralen Kommission.⁹²

Mit ähnlichen Argumenten wandte sich auch die „Denkschrift über die Grenzen Deutsch-Österreichs“ vom 16. Juni 1919⁹³ gegen die Friedensbedingungen vom 2. Juni. Diese Denkschrift räumte zwar ein, daß sich in der Untersteiermark und in Kärnten keine festumrissene ethnographische Grenze ziehen lasse, sondern daß vielmehr bedeutende Zwischenzonen mit nach Rasse und Sprache gemischter Bevölkerung existierten, die sich in der Steiermark nur allmählich an das slowenische Gebiet anschließen. Immerhin aber existiere eine geographische Grenze in dem Bachernmassiv und seinen ost-südöstlichen Ausläufern. Eine willkürliche Grenze durch dieses wirtschaftlich homogene Gebiet müßte zu Erbitterung und spontanen Ausbrüchen von Unruhen führen. Als Beweis für die wirtschaftliche Einheit führte die Denkschrift die Abhängigkeit der Stadt Graz und der obersteirischen Industriebezirke von den ackerbautreibenden Gemeinden des Drau- und Murtales an. Die Zerschneidung des Eisenbahndreiecks Bruck—Villach—Marburg würde außerdem die Hauptverkehrsadern der Republik durchschneiden und den Verkehr mit Italien und den Seehäfen behindern. Zu den gewichtigen wirtschaftlichen Einwänden gegen die geplante Grenzziehung gehörte auch das Argument des unausbleiblichen Zusammenbruchs der Unternehmungen, die die Wasserkraft der Drau zwischen Marburg und Pettau ausnützten. Der Abschnitt der Denkschrift über die Festsetzung der Grenzen der Steiermark schloß mit dem eindringlichen Wunsch nach Gewährung einer Volksabstimmung in dem strittigen Gebiet, deren günstiger Ausgang zuversichtlich angenommen wird. Diese Denkschrift enthielt auch detaillierte Vorschläge zur Durchführung der geforderten Abstimmung, die vor allem die Freiheit der Abstimmung schützen sollten. Die Beweisführung der österreichischen Delegation war von der wirtschaftlichen Not diktiert, die eine Abtrennung derart fruchtbarer Landstriche nicht zulassen könnte.

⁹¹ Stenographische Protokolle über die Sitzungen der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich 1919, I. Band, 21. Sitzung, S. 531 f.

⁹² Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1919—1920, 3. Sitzung vom 13. Juni 1919, S. 17 ff.

⁹³ Bericht über die Tätigkeit der österreichischen Friedensdelegation, Beilage 28.

Dr. Renner unterstrich am 25. Juni 1919 in einem Brief an den Präsidenten der Friedenskonferenz neuerlich die in der Denkschrift vorgelegene Bitte um eine Volksabstimmung in den strittigen Gebieten, die sich „von selbst aus dem fundamentalen Rechte der Nation“ ergebe, „ihr Geschick frei zu bestimmen, einem Rechte der Menschlichkeit, das die Mächte den durch den Krieg erschöpften Völkern vor Augen geführt haben.“⁹⁴ Renners Brief schloß mit der ausdrücklichen Verwahrung gegen die Zumutung, Österreich wolle Gebiete gegen den Willen ihrer Bevölkerung an sich ziehen.

Die „Bemerkungen der deutsch-österreichischen Friedensdelegation zur Gesamtheit der Friedensbedingungen mit Deutsch-Österreich“ vom 6. August⁹⁵ wiederholten mit stilistischer Prägnanz und inhaltlicher Eindringlichkeit die Argumente der Denkschrift vom 16. Juni für eine Volksabstimmung in den strittigen Gebieten der Untersteiermark. Der darin geleistete Verzicht auf die Abstimmung in Pettau mochte den Zielsetzungen der Alliierten entgegenkommen und zugleich die unbedingte Notwendigkeit einer Abstimmung in den verbleibenden Becken von Marburg und Radkersburg betonen. Die angeschlossene Denkschrift über die Steiermark führte geographische, ethnische, wirtschaftliche und soziale Argumente für eine Zuteilung der beiden Becken an Österreich an.⁹⁶ Diese Denkschrift wies auch eindringlich auf den Willen der Bevölkerung hin, der zu wiederholten Malen klar kundgetan worden sei: in den zahlreichen Bekenntnissen zum deutsch-österreichischen Staat im Oktober 1918, im Bauernaufstand gegen die jugoslawische Besetzung Anfang Februar 1919, in vorgenommenen Probeabstimmungen und schließlich in zahlreichen Telegrammen an die Friedenskonferenz.

Die „Bemerkungen“ der österreichischen Delegation bewirkten postwendend eine umfangreiche Note der jugoslawischen Delegation, die sich bemühte, die österreichischen Argumente Punkt für Punkt zu widerlegen.⁹⁷ Sie widersprach der österreichischen Beweisführung, daß die Wenden der Steiermark und Kärntens sich grundsätzlich von den Krainer Slowenen unterschieden. Die jugoslawische Delegation suchte zwar die Durchführung einer Volksabstimmung in den Regionen Marburg und Pettau unter dem Vorwand abzuwenden, daß eine solche Volksabstimmung Gelegenheit bieten würde, die Resultate eines leidvollen Germanisierungsprozesses zu befestigen, sie gab damit aber indirekt die Möglichkeit einer deutschen Stimmenmehrheit in den strittigen Gebieten zu.

⁹⁴ Ebenda, Beilage 32.

⁹⁵ Ebenda, Beilage 68.

⁹⁶ Ebenda, Beilage e.

⁹⁷ A l m o n d, L u t z, a. a. O., Document 134, S. 395 ff.

Bestimmt hatte jedoch die jugoslawische Note die Logik auf ihrer Seite, wenn sie sich der österreichischen Beweisführung widersetzte, daß Mittel- und Südsteiermark nicht von Österreich getrennt werden dürften, „weil ihre Wirtschaft vom organisatorischen Geist der Unternehmer in Wien und Graz inspiriert werde, wo alle wichtigen landschaftlichen und industriellen Organisationen ihre Zentralen haben.“ Diese Argumentationsweise gab den Jugoslawen neuerlich Gelegenheit, das Stichwort von der künstlich begründeten Vorherrschaft Wiens und der wirtschaftlichen Versklavung aller Teile des früheren Österreich aufzugreifen.

Trotz dieser detaillierten jugoslawischen Gegenvorstellungen scheint die Eindringlichkeit der österreichischen Note vom 6. August die Mehrzahl der Delegationsführer von der Billigkeit der österreichischen Forderung nach einer untersteirischen Volksabstimmung überzeugt zu haben.

In den letzten Augusttagen setzte eine geradezu hektische diplomatische Aktivität auf der Pariser Friedenskonferenz ein, die sich um die umstrittene Abstimmung im Marburger Becken drehte.

Die Bedeutung dieses diplomatischen Tauziehens um eine untersteirische Volksabstimmung rechtfertigt eine etwas ausführlichere Darstellung:

In den „Reservations made by the Delegations“ verlangten die Delegationen — mit Ausnahme der französischen — eine neuerliche Überprüfung der steirischen Grenzfrage, weil die Gründe der Alliierten für die Zurückweisung der österreichischen Forderung nach einer Abstimmung in der Untersteiermark nicht ausreichend fundiert seien. Es sei ein leichtes, diese Abstimmung durchzuführen, weil die Klagenfurter Zone nur ausgedehnt zu werden brauche, so daß sie Marburg einschlosse.⁹⁸

In einer Konferenz der Delegationsführer am Nachmittag des 25. August widersetzten sich allein die französischen Delegierten der Meinung der übrigen Delegierten, daß eine Volksabstimmung im Marburger Raum gemäß den österreichischen Vorstellungen durchgeführt werden sollte. Der Italiener Tittoni fungierte als eifrigster Fürsprecher für das österreichische Anliegen, dem sich auch Clemenceau nicht verschließen konnte. Allein Tardieu schien eine Abstimmung keine Gewähr für eine einwandfreie Grenzziehung zu bieten. Das Ergebnis stehe ohnehin von vornherein fest, denn während Marburg deutsch stimmen werde, werde das umgebende Land slowenisch stimmen. Trotz dieser Gegenstimme erfolgte schließlich nach einer ausgedehnten Diskussion ein Be-

⁹⁸ Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919, Band 7, Washington 1946, S. 915 f.

schluß, die österreichischen Ansprüche zu akzeptieren und die Abstimmungszone in einer Weise auszudehnen, daß sie die Bezirke Marburg und Radkersburg einschließe.⁹⁹ Eine Änderung des Konferenzbeschlusses am folgenden Tag, die das Wort „Radkersburg“ wieder streichen möchte, veranschaulichte den Wankelmut der Delegationsführer.¹⁰⁰

Nach einer neuerlichen Diskussion, in deren Verlauf abermals Tittoni trotz mancher Einwände Tardieus zu der am Vortag gefaßten Resolution stand, wurde beschlossen, am 27. August die Gebietskommission in dieser Angelegenheit anzuhören.

Das Umschwenken des Obersten Rates in der untersteirischen Frage kam aber nicht allein für die Gebietskommission, sondern auch für die jugoslawische Delegation höchst überraschend, deren absolute Konsteration Pasić in einem Brief an Clemenceau andeutete. In gebührender Höflichkeit und beleidigter Distanz bemühte Pasić zunächst historische Argumente, die den unbestreitbar slowenischen Charakter des strittigen Gebietes erweisen sollten. Im Anschluß an diese schon oft angeführten Argumente drückte Pasić seine Verwunderung über das neuerliche Aufrollen der steirischen Grenzfrage aus, das deshalb überrasche, weil die vorteilhafte Lösung der steirischen Frage wiederholt als Gegenargument auf jugoslawische Klagen über mangelnde Berücksichtigung ihrer Gebietsansprüche angeführt worden sei. Darüber hinaus sei es befremdend, daß den Jugoslawen im gesamten Verlauf ihrer Grenze mit Österreich eine Art der Grenzziehung aufgebürdet werden sollte, der sie nicht zustimmen könnten.¹⁰¹

Der angeforderte Bericht der Gebietskommission¹⁰² ließ keinen Zweifel an der grundsätzlichen Berechtigung einer Volksabstimmung in der Untersteiermark. Die Meinungen der Delegationen wichen lediglich bezüglich der Ausdehnung der Abstimmungszone voneinander ab. Der englischen und der französischen Delegation schien die von der österreichischen Delegation vorgeschlagene Linie unannehmbar, weil sie aus einer rein politischen Zielsetzung heraus künstlich gezogen sei und die wirtschaftliche Einheit des Beckens zerstörte. Die beiden Abordnungen stimmten daher für die Einbeziehung der Bezirke Pettau und Luttenberg in die Abstimmungszone.

⁹⁹ Documents on British Foreign Policy 1919—1939. Edited by E. L. Woodward and Rohan Butler, Erste Serie, 1. Band, 1919, London 1947. Document No. 42, 6. S. 510 f.

¹⁰⁰ Almond, Lutz, a. a. O., Document Nr. 68, S. 222. — Karl R. Stadler, Hypothek auf die Zukunft. Die Entstehung der österreichischen Republik 1918—1921, Wien—Frankfurt—Zürich 1968, S. 146.

¹⁰¹ Almond, Lutz, a. a. O., Document 137, S. 400 ff.

¹⁰² Ebenda, Document 138, S. 402 ff.

Die amerikanische und die italienische Delegation hingegen lehnten die Einbeziehung der genannten Bezirke ab, weil diese Regelung das Schwergewicht zugunsten der Jugoslawen verschieben könnte und eine Volksabstimmung für Leute festsetzte, die gar keine wollten und für die niemand eine gefordert habe.

Im Anschluß an diese gemeinsame Stellungnahme legten je zwei Delegationen dem Obersten Rat ein eigenes Gutachten vor, das sich punktweise mit der Abhaltung einer Volksabstimmung auseinandersetzte. Die englische und die französische Delegation erachteten es als ihre Pflicht, auf ernste Unstimmigkeiten hinzuweisen, die eine solche Abstimmung mit sich brächte. Das Gutachten führte die Brückierung der jugoslawischen Delegation an, deren Forderung nach einer generellen Abstimmung wohl zurückgewiesen worden sei, die starke slowenische Majorität in der fraglichen Region, den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Marburg und den jugoslawischen Eisenbahnen, die neun Monate währende widerstandslose Besetzung des fraglichen Gebietes durch die Jugoslawen, die allgemeine mißliche Lage des slowenischen Volkes und schließlich die wiederholte Ablehnung des Ansinnens eines Plebiszites in verschiedenen Körperschaften der Konferenz.

Das Gegengutachten der amerikanischen und der italienischen Delegation suchte diese Argumente Punkt für Punkt zu entkräften, indem es die Möglichkeit deutscher Gesinnung slowenischer Bauern andeutete, offizielle Statistiken zugunsten Österreichs anführte, auf die Provokation einer gewissen Agitation durch die jugoslawische Besetzung hinwies und die restlichen Punkte als unsachlich abtat.¹⁰³

Die Diskussion im Rat der Fünf am 27. Oktober¹⁰⁴ brachte nur die bereits abgenützten Argumente pro und contra eine Abstimmung in dem strittigen Gebiet. Der Gang der Diskussion verdeutlichte, daß die meisten Diskussionsteilnehmer mit der Problematik nur unzureichend vertraut waren. Dieser Mangel an detaillierter Problemkenntnis mag schließlich neben dem rhetorischen Geschick Tardieus den Ausschlag dafür gegeben haben, daß alle Delegationen mit Ausnahme der italienischen den Gedanken einer Abstimmung in der Untersteiermark überhaupt fallenließen und sich zu den territorialen Vereinbarungen bekannten, die im Friedensvertrag festgesetzt waren. Nur der Italiener Tittoni hielt seine Zustimmung einstweilen zurück.

Die entschlossene Fürsprache Tittonis und die Anwaltschaft Prof. Coolidges auf einer neuerlichen Konferenz der Delegationsführer am

¹⁰³ Ebenda, S. 404 f.

¹⁰⁴ Documents, No. 44, 7, S. 558 ff.

1819
Spruchbuch Wien
29. August konnten Österreich immerhin im Unterschied zu den „Friedensbedingungen“ Radkersburg sichern. An dieser für Österreich vorteilhaften Regelung vermochte auch ein Memorandum der jugoslawischen Delegation nichts zu ändern, das abermals Ansprüche auf das Radkersburger Dreieck erhob.¹⁰⁵

Eine endgültige Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte auf die „Bemerkungen“ der österreichischen Delegation zur Frage der Grenzziehung zwischen Österreich und dem SHS-Staat vom 2. September wiederholte die im Lauf der Verhandlungen oft gebrauchten projugoslawischen Argumente, die für eine Zuteilung Marburgs an den SHS-Staat sprachen.¹⁰⁶

In der 9. Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung wies Abgeordneter Wastian resigniert auf die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Pariser Friedenskonferenz hin, dessen bescheidenster Ausdruck die Gewährung einer Volksabstimmung für das Marburger Draubecken gewesen wäre.¹⁰⁷ Landeshauptmann Rintelen versuchte die Haltung der Landesregierung zu rechtfertigen, die nichts unterlassen habe, was zur Milderung der Friedensbedingungen hätte beitragen können.¹⁰⁸

★

Das untersteirische und das Kärntner Problem standen im Schnittpunkt gegensätzlicher Interessenskreise mittel- und osteuropäischer Mächte. Die Lösung beider Probleme mußte daher zwangsläufig kompromißhaften Charakter tragen und konnte sich nicht an den idealen Friedensgrundsätzen Wilsons orientieren. In zahlreichen Noten und Diskussionsbeiträgen der Friedensverhandlungen findet sich ein Hinweis auf diesen Kompromißcharakter der gesamten Grenzziehung zwischen dem SHS-Staat und Deutsch-Österreich: angefangen von Seymours Formel „Marburg für Klagenfurt“¹⁰⁹ über die Andeutung Segrés, er hielte es im Falle einer Alternative für besser, Klagenfurt, Villach und damit auch Kärnten zu erhalten als die Untersteiermark¹¹⁰, bis zur entrüsteten Note Pasićs, die auf das wiederholt angeführte alliierte Argument hinwies, die günstige steirische Lösung sei als eine Art Kompensation für die Jugo-

¹⁰⁵ Ebenda, No. 46, 1, S. 566 ff.

¹⁰⁶ Almond, Lutz, a. a. O., Document Nr. 142, S. 409 ff.

¹⁰⁷ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1919—1920, 9. Sitzung vom 29. September 1919, S. 129.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 126 f.

¹⁰⁹ Ivo J. Lederer, La Jugoslavia dalla Conferenza della Pace al Trattato di Rapallo 1919—1920, London 1963, S. 205.

¹¹⁰ HHStA, Nachlaß Bauer, K. 261, 1550 — Präs. 1919.

slawen gedacht, und zur endgültigen Zuteilung Radkersburgs an Österreich, bei der ebenfalls der Kompensationsgedanke eine Rolle gespielt haben mag.

Dieser schließliche Kompromißcharakter der Grenzziehung könnte zu dem Schluß verleiten, daß bewaffneten Abwehrmaßnahmen gar keine Bedeutung auf den Gang der Friedensverhandlungen eingeräumt werden dürfe. Eine solche eilige Conclusio käme aber durch mangelnde Umsicht in der Auswahl der Prämissen zustande und könnte sich als verhängnisvoller Kurzschluß erweisen: Die schmale Quellenbasis, die eine auch nur ungefähre Kenntnis der Vorgänge hinter den Kulissen ausschließt, erlaubt zwar keine wissenschaftlich haltbaren Rückschlüsse von diesem schließlichen Kompromißcharakter der gesamten Grenzziehung auf die Bedeutung militärischer Abwehrmaßnahmen für die Art und das Zustandekommen dieses Kompromisses. Die bewaffneten Abwehrmaßnahmen spielten aber in der Beweisführung der österreichischen und ausländischen Delegierten auf der Friedenskonferenz durchaus eine Rolle:

Die Denkschrift über die Steiermark führte ausdrücklich den bewaffneten Widerstand der Bauern des Murtales gegen die jugoslawische Besetzung an. Es ist unmöglich, das Gewicht dieses Arguments genau zu bestimmen, aber jedenfalls erfolgten im Anschluß an diese Denkschrift der überraschende Meinungsumschwung der Konferenz und die emotionell geführte Auseinandersetzung um eine Volksabstimmung in der Untersteiermark.

Außerdem wies das Gutachten der französischen und englischen Delegation der Gebietskommission auf die neun Monate währende widerstandlose Besetzung durch die Jugoslawen hin.¹¹¹

Als weiteres gewichtiges Argument gegen ein neuerliches Aufrollen der untersteirischen Frage führte Pichon an, die Jugoslawen seien zwar nicht formell autorisiert gewesen, die fraglichen Gebiete zu besetzen, doch sei kein Protest erfolgt.¹¹²

Schließlich muß in diesem Zusammenhang auch die endgültige Zuteilung der Stadt Radkersburg an Deutsch-Österreich bedacht werden, um die sehr wohl ein Abwehrkampf stattgefunden hat.

Die weniger sachlich fundierte, als vielmehr emotionell geführte Kontroverse zwischen den vier Delegationen unmittelbar vor dem Abschluß der Friedensverhandlungen, der Wankelmut der Delegierten und die Spontaneität der Diskussionsführung stellen außerdem zwar nicht einen angenommenen Kompromißcharakter der gesamten Grenzziehung in

¹¹¹ Almond, Lutz, a. a. O., Document 138, S. 403 f.

¹¹² Documents, No. 44, 7, S. 560.

